

# Hintergrundwissen

GESCHICHTE(N) DER DDR



ZUKUNFT

DES

ERINNERNS

# Impressum

## **Konzept und Umsetzung**

Lydia Krause, Dr. Anja Schade

## **Text**

Dr. Anja Schade

## **Gestaltung**

[www.stefanoberhauser.de](http://www.stefanoberhauser.de)

## **Lektorat**

Ariane Kisselmann

## **Foto**

H. Rambold/[stock.adobe.com](https://stock.adobe.com)

## **Kontakt:**

Lydia Krause (Werk-statt-Schule e. V.)

Mail: [l.krause@werkstattschule.de](mailto:l.krause@werkstattschule.de)

Hannover, im Mai 2023

# Inhaltsverzeichnis

**Vorwort** 4

**Erklärvideo DDR 1949-1990** 5

Die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (5)

Reparationszahlungen (6)

Entnazifizierung (6)

Verstaatlichung (7)

Bodenreform (7)

Kollektivierung (9)

Die Staatsgründung der DDR (8)

Mauerbau (10)

Stabilisierungsphase der DDR (11)

Krisenerscheinungen ab Mitte der 1970er Jahre (12)

Der Mauerfall 1989 (14)

**Hintergrundwissen zum Leben in der DDR** 15

Alltag 15

Jugend 19

Überwachung in der DDR 24

Kritik am Staat 27

Wahlen 27

Oppositionsgruppen 30

# Vorwort

Das „Hintergrundwissen“ richtet sich an Multiplikator\*innen und Lehrer\*innen, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen inhaltlich zum Thema DDR und Flucht aus der DDR arbeiten wollen. Dabei orientiert sich diese Abhandlung am Aufbau und vor allem an den Inhalten der ihr zugrundeliegenden Internetseite „Geschichte(n) der DDR“ und den Aussagen der Zeitzeug\*innen. Die Abhandlung ist in zwei große Kapitel auf gegliedert:

1. Hintergrundwissen zum Erklärvideo,
2. Hintergrundwissen zum Leben in der DDR.

Ziel dabei ist, dass Multiplikator\*innen und Lehrer\*innen für die Benutzung der Website möglichst wenig Sekundärliteratur benötigen, um sich selbst die Inhalte der Website zu vergegenwärtigen. Für die Erstellung der Abhandlung wurde auf wissenschaftliche Literatur zurückgegriffen – diese wird in den Fußnoten entsprechend kenntlich gemacht und in der Literaturliste aufgeführt.

Das Erklärvideo fasst in einem dreiminütigen Film die Geschichte der DDR von ihrer Entstehung nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Mauerfall im November 1989 zusammen. Dabei tauchen Schlagworte auf, die in dem Kurzvideo nicht erklärt werden können, aber bei den Schüler\*innen ggf. Fragen aufwerfen. Solche Stichworte werden im ersten Teil „Hintergrundwissen zum Erklärvideo“ aufgegriffen und näher erläutert.

Das „Hintergrundwissen zum Leben in der DDR“ orientiert sich an den Aussagen der Zeitzeug\*innen und ordnet Aussagen und Erinnerungen der Zeitzeug\*innen entsprechend historisch ein. Die Auswahl der Themen, die in diese Abhandlung einfließen, ist also von den Inhalten der Interviews vorstrukturiert und hat entsprechend nicht den Anspruch, vollständig zu sein oder ein allumfassendes Bild von der DDR zu zeigen. Dies ist wohl auch kaum möglich. Dennoch: durch die Erinnerungen der drei Zeitzeug\*innen, die alle gemeinsam ihre Jugend in der DDR verbracht haben, werden Aspekte des Alltags der DDR – insbesondere aus Jugendperspektive – deutlich: Kindergarten, Schule, Pioniere, Feriengestaltung sind genauso gegenwärtig in deren Erinnerung wie die Beobachtung durch die Staatssicherheit, die Ausreise/ Flucht aus der DDR sowie das Ankommen in der Bundesrepublik. Im Text der Abhandlung befinden sich entsprechende Querverweise und links zu den Interviewausschnitten auf der Website, damit eine direkte Verbindung vom Gelesenen hin zum Erfahrungsbericht des/der Zeitzeug\*in hergestellt werden kann.

Für die Arbeit mit den Schüler\*innen gibt es auf der Website unter der Rubrik „Handreichungen“ didaktisierte Materialien, die als Vorlage zur thematischen Gestaltung von Seminar- und/ oder Unterrichtseinheiten genutzt werden können.

Wir wünschen viel Spaß beim Explorieren der Website und neue Einblicke bei einer mehrdimensionalen Auseinandersetzung mit dem Leben in der DDR und dem Verlassen der Heimat.

## Erklärvideo DDR 1949-1990



Die folgenden überblicksartigen Ausführungen zur Geschichte der DDR orientieren sich an den Schwerpunktsetzungen des Erklärfilms und gehen auf einzelne Aspekte aus diesem Erklärfilm näher ein.

### Die Alliierten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges traten die in Bezug auf die Nachkriegspolitik bis dahin noch unterdrückten abweichenden Interessen zwischen den vier Alliierten Großbritannien, USA, Frankreich und Sowjetunion offen zutage: Die Sowjetunion und Frankreich waren in ihrer Politik vorrangig von nationalen Sicherheitsinteressen bestimmt. Für sie stand im Vordergrund, Deutschlands Wirtschaft nicht wieder derart erstarben zu lassen, dass jemals wieder ein Angriffskrieg von deutschem Boden ausgehen könnte. Während für die UdSSR die Sicherheitspolitik und die Reparationszahlungen im Vordergrund standen, wollte Frankreich eine möglichst dezentrale Verwaltungs- und Regierungsstruktur einführen. Beide Staaten beharrten auf einer möglichst strikten einstweiligen Verwaltung der eigenen Zonen und einer langen Kontrolle derselben.<sup>1</sup>

Dem gegenüber standen die Interessen vor allem der USA: sie wollten einen schnellen militärischen Abzug aus Deutschland. Auch war den USA nichts an einer wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands durch Reparationszahlungen gelegen, sondern man versuchte (erfolgreich), den europäischen – und somit auch den späteren westdeutschen – Markt als Absatzmarkt für seine eigenen, in der US-amerikanischen Wirtschaftskrise entstandenen Überkapazitäten zu etablieren. Die Ankurbelung der eigenen nationalen Wirtschaft und die gleichzeitige wirtschaftliche und politische Stabilisierung des Westens sowie der USA, waren also maßgeblicher Motor für den Marshall-Plan. Dieser war geeignet, um Westeuropa ökonomisch, politisch aber auch ideologisch an die USA zu binden. Aus eben diesen Gründen wurde die Anwendung des Marshall-Plans durch die Sowjetunion abgelehnt.<sup>2</sup> Diese Ablehnung war seitens der USA durchaus einkalkuliert worden – eignete sich der Marshall-Plan doch durch die verstärkte Anbindung an den Westen gleichzeitig als Eindämmungspolitik gegenüber dem Kommunismus.<sup>3</sup> Großbritannien als vierte Besatzungsmacht ordnete die eigenen Interessen spätestens ab dem Winter 1946/47 mit der Gründung der wirtschaftlichen Bizone – dem ökonomischen Zusammenschluss der US-amerikanischen und britischen Besatzungszone - den Interessen der USA unter.<sup>4</sup>

---

1 Georg Fülberth: BerlinBonnBerlin. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 1999, S. 10.

2 Ebd.: S. 11-14. Zum Marshall-Plan und der unterschiedlichen Gewichtung der Entstehungshintergründe siehe: Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1991, S. 180-182.

3 Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, 1991, S. 182.

4 Fülberth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 10.

## Reparationszahlungen

Wie bereits angedeutet, wurde die Durchsetzung der Ausgleichszahlungen durch Deutschland gegenüber den Alliierten von den Alliierten unterschiedlich gehandhabt. Auch hier waren Frankreich und die Sowjetunion diejenigen Besatzungsmächte, die die stärkeren (wirtschafts- und sicherheitspolitischen) Interessen an einer Schwächung der deutschen Industrie und entsprechend an der Durchsetzung der Demontage von Industrieanlagen hatten.<sup>5</sup> Doch während kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland für diese bereits mit dem Petersberger Abkommen vom 22.11.1949 die Beendigung der Demontage in Aussicht gestellt wurde und mit dem Marshallplan sogar der wirtschaftliche Aufbau gefördert wurde<sup>6</sup>, demontierte die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone ganze Bahnstrecken und Industriebetriebe. Insgesamt gingen 4,3 Mrd. US-Dollar an Reparationszahlungen aus der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ)/DDR in die Sowjetunion, ungefähr 3400 Betriebe wurden dabei demontiert. Somit trug die SBZ und spätere DDR ungleich mehr Lasten in Bezug auf Reparationszahlungen als die Westzonen bzw. die spätere Bundesrepublik.<sup>7</sup>

## Entnazifizierung

Die personalpolitischen Veränderungen zur Durchführung der Entnazifizierung wurden in der SBZ ebenfalls mit stärkerer Konsequenz verfolgt als in den Besatzungszonen der Westalliierten. In der SBZ waren bis zum März 1948 insgesamt 520.734 Personen aus ihren Ämtern und Funktionen entlassen bzw. nicht wiedereingestellt worden. Der Fokus bei der Räumung von Positionen lag im öffentlichen Dienst, bei Schlüsselpositionen in Industrie und Wirtschaft sowie in der Inneren Verwaltung und der Justiz. Auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) mussten aus dem Justizapparat sämtliche NSDAP-Mitglieder entfernt werden. Aufgrund der Tatsache, dass dies etwa 90% des Justizpersonals betraf, hinterließ diese Maßnahme ein extremes Vakuum. Von den 16.300 Bediensteten der Justiz im Gebiet der gesamten SBZ waren am Stichtag 8. Mai 1945 13.800 Beamte und Angestellte sowie 2467 Richter und Staatsanwälte in der NSDAP und ihren Gliederungen organisiert gewesen. Es wurden kurzfristig Volksrichterschulen eingerichtet und nach einer Schnellausbildung in sechs- bis neunmonatigen Kursen wurden neue Richter\*innen eingesetzt. Auch im Bildungswesen wurden NSDAP-Mitglieder und Bündnispartner entlassen und statt ihrer etwa 40.000 Neulehrer\*innen eingesetzt. Diese mussten Antifaschist\*innen sein und sollten der Arbeiterklasse angehören. In Schnellkursen von zunächst nur drei Monaten wurden sie ausgebildet. Später wurden die Ausbildungszeiten für Richter\*innen und Lehrer\*innen stetig erhöht.<sup>8</sup>

---

5 Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, 1991, S. 102.

6 Ebd.: S. 209.

7 Geschichte der DDR, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung in der Reihe: Informationen zu politischer Bildung, Nr. 312, 3/2011, S. 13ff. Siehe auch Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, 1991, S. 106ff.

8 Wolfgang Benz: Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung (Stand 11.04.2005), URL.: <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/#node-content-title-2>. [letzter Zugriff: 03.02.2023]



Im Februar 1948 erklärte die SMAD die Entnazifizierung in ihrer Besatzungszone für beendet. Bereits im Juni 1946 wurde damit begonnen, „Mitläufer\*innen“ der NSDAP in den Aufbau des Staates einzubinden und ihnen bspw. ihr aktives und passives Wahlrecht zurückzugeben. Auch war bei dringend benötigten Spezialist\*innen wie Ärzt\*innen und Techniker\*innen das Interesse, Fachpersonal zu halten größer, als die konsequente Verfolgung der eigenen Entnazifizierungsstrategie. Dennoch war der Ansatz der Entnazifizierungspolitik in der SBZ der konsequenteste und effektivste im Vergleich zu den anderen Alliierten.<sup>9</sup>

## Verstaatlichung

In der SBZ wurden bereits im Juli 1945 Banken und Sparkassen verstaatlicht, im Oktober des gleichen Jahres folgte die Beschlagnahmung des Eigentums der NSDAP, der Wehrmacht und des deutschen Staates. Nach einem Volksentscheid in Sachsen wurden große Betriebe der Schwer- und metallverarbeitenden Industrie in Staatseigentum überführt. Bis Frühjahr 1948 gelangten in der gesamten SBZ rund 10.000 Unternehmen wichtiger Wirtschaftszweige in Staatsbesitz. Ihr Anteil an der Industrieproduktion machte zu diesem Zeitpunkt ca. 60% aus.<sup>10</sup> Diese Enteignungen stellten für die SED und die Sowjetunion eine Form der Entnazifizierungsmaßnahmen auf wirtschaftlicher Ebene dar. Grundlage dieser Politik war die Faschismusdefinition Dimitroffs, nach der Faschismus an der Macht „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“<sup>11</sup> darstellte. Hiernach war die Enteignung nur folgerichtig, sollte die Ursache des Faschismus nachhaltig beseitigt werden. Auch in anderen Besatzungszonen fanden Volksabstimmungen zu Enteignungen statt – nur vier Monate nach Sachsen stimmte auch die Bevölkerung in Hessen mehrheitlich für Enteignungen – lediglich die Politik der Besatzungsmächte variierte. Während in der SBZ die Enteignungen durchgeführt wurden, verhinderte der US-amerikanische Militärgouverneur die sofortige Umsetzung.<sup>12</sup>

## Bodenreform

Ab September 1945 arbeiteten SPD und KPD in der SBZ gemeinsam an der Bodenreform. Insbesondere in Mecklenburg und Vorpommern lagen die großen landwirtschaftlichen Flächen, deren (häufig adelige) Besitzer\*innen zum Rückhalt des wilhelminischen Herrschaftssystems gehörten und mehrheitlich das Weimarer System bekämpft hatten.<sup>13</sup>

Ziele der Bodenreform waren: 1.) das Ackerland bestehender Bauernhöfe unter fünf Hektar zu vergrößern, 2.) für landlose Bäuer\*innen, Landarbeiter\*innen und kleine Pächter\*innen neue selbstständige Bauernwirtschaften zu erschaffen und 3.) den Umsied-

---

9 Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, 1991, S. 83-84.

10 BpB: Geschichte der DDR, 2011, S. 14.

11 Universallexikon: Begriff: Faschismus, Bibliographisches Institut Leipzig, 1989.

12 Fülberth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 32.

13 Ebd.: S. 31.

ler\*innen<sup>14</sup> eine Existenzgrundlage zu geben. Grund und Boden über 200 Hektar hingegen wurden mit der Losung „Junkerhand in Bauernhand“ enteignet. Ferner wurde die Entnazifizierungspolitik auch im Agrarbereich durchgeführt: Kriegsverbrecher\*innen, Kriegsschuldige, Naziführer\*innen und aktive Verfechter\*innen der NSDAP und ihrer Gliederungen wurden ebenfalls enteignet. Auf diese Weise wurden in der SBZ im Jahr 1945 etwa 14.000 landwirtschaftliche Betriebe ohne Entschädigung konfisziert und neu verteilt. Insgesamt wurden etwa 3,3 Mio. Hektar an etwa 560.000 Personen verteilt. Die enteigneten Gutsbesitzer\*innen wurden vertrieben, verhaftet und interniert oder ihnen gelang die Flucht in den Westen.<sup>15</sup>

In den Zonen der Westalliierten war landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, mit Ausnahme von Niedersachsen und Schleswig-Holstein, weniger verbreitet. Die Agrarreform in der SBZ führte demnach eher zu einer Angleichung der Besitzverhältnisse im Osten und Westen und nicht zu einer wirtschaftlichen Spaltung zwischen Ost und West.<sup>16</sup>

## Die Staatsgründung der DDR

Viele einzelne Entwicklungen führten letztlich zur doppelten Staatsgründung. Die endgültige Entscheidung für eine ostdeutsche Staatsgründung fiel jedoch erst durch die Wahl Konrad Adenauers am 15. September 1949 zum Bundeskanzler: einen Tag später reiste eine SED-Delegation nach Moskau, wo die Entscheidung zur Bildung einer ostdeutschen Regierung mit gesamtdeutschem Anspruch getroffen wurde. In der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 wurden Entwicklungen, die seit Kriegsende stattgefunden hatten, festgeschrieben: Enteignung von Kriegsverbrecher\*innen und aktiven Nationalsozialist\*innen, Verbot privater Monopole, Auflösung von Grundbesitz über 100ha, Förderung von Kindern mit sozialer Benachteiligung wie bspw. die Erweiterung des Zugangs zur Universität für Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien.<sup>17</sup>

Die Abgeordneten der Volkskammer (Parlament) wurden als Vertreter\*innen des ganzen Volkes begriffen, die nur ihrem eigenen Gewissen unterworfen und nicht an Weisungen und Aufträge gebunden waren. Doch das Parlament wurde im Art. 50 nicht nur als Legislative, sondern als „das höchste Organ der Republik“ beschrieben – somit sollte die Regierung der DDR aus den Mitgliedern sämtlicher Fraktionen gebildet werden. Dies bedeutete den Bruch mit dem bürgerlichen Parlamentarismus, dessen Prinzip darauf fußte, dass das Parlament die Arbeit der Regierung kontrollierte und ggf. in Opposition und Konfrontation zu ihr ging.<sup>18</sup> (Siehe auch: [Ausführungen zum Thema Wahlen auf dieser Website](#))

Unbestreitbar gingen die maßgeblichen Impulse zur doppelten Staatsgründung von

---

14 Im offiziellen Sprachgebrauch hießen die Geflüchteten aus den Ostgebieten „Umsiedler“; vgl.: Jonathan Osmond: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945-1961, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 137-169, hier S. 141.

15 Stefan Wolle: DDR, Frankfurt/Main 2004, S. 11f.

16 Fülbarth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 31.

17 Ebd.: S. 38-39.

18 Ebd.: S. 39-40.



Westseite aus. Für die Sowjetunion wäre ein entmilitarisiertes Deutschland politisch die bessere Lösung gewesen.<sup>19</sup> Sowohl die Verfassung der DDR als auch das Grundgesetz der Bundesrepublik formulierten einen gesamtdeutschen Anspruch und behielten somit die Möglichkeit einer erneuten Zusammenführung beider Staaten im Blick. Als ein umstrittenes Angebot seitens der Sowjetunion zur Wiederherstellung eines geeinten und neutralisierten Nationalstaates gelten die Stalinnoten, die am 10. März 1952 als Friedensvertrag unterbreitet wurden. Jedoch gab es seitens der Westalliierten und Westdeutschlands keine ernsthafte Bereitschaft, dieses Angebot zur Debatte zu stellen. Den Abschluss des politischen Integrationsprozesses in den Ostblock bildeten der Vertrag mit der Sowjetunion vom 20. September 1955 und die Gründung des Warschauer Vertrags als Militärbündnis zwischen den Ostblockstaaten am 14. Mai 1955.<sup>20</sup>

## Kollektivierung

Wenige Monate nach der Unterbreitung des Vorschlags eines Friedensvertrages fand im Juli 1952 die II. Parteienkonferenz der SED statt. Hier wurde durch Walter Ulbricht der planmäßige Aufbau des Sozialismus formuliert – und mit ihm die Weichen für die Kollektivierung der Landwirtschaft gestellt. Doch diese ging nur schleppend voran. Vor allem wirtschaftlich kaum überlebensfähige Kleinbetriebe schlossen sich zusammen, jedoch kaum Altbäuer\*innen. Diese wollten ihre Höfe nicht aufgeben und beriefen sich auf das Postulat der Freiwilligkeit.<sup>21</sup>

Die Kampagne gegen die sogenannten Großbauern (Besitztümer ab 20ha) hatte bereits im Jahr 1948 begonnen und wurde oft mit Sabotage begründet, durch die die Bodenreform blockiert oder verhindert würde.<sup>22</sup> Ab 1952 wurde der Zusammenschluss von Bauern und Bäuerinnen eines Dorfes zur Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) mit staatlichen Vergünstigungen gefördert. Doch unter den Bäuer\*innen mit größeren Landflächen herrschte Skepsis ob der Wirtschaftlichkeit dieser Genossenschaften und gegenüber einer Zusammenarbeit mit den ehemaligen Landarbeiter\*innen und Neubäuer\*innen. Diese Skepsis schien nicht gänzlich unbegründet: im Jahr 1955 arbeiteten bspw. die wenigen kleinen Privatbetriebe um 20-25% effizienter als die größeren LPG. Diese Spaltung veranlasste die SED ab 1958 zu einer weiteren Radikalisierung ihrer Kollektivierungspolitik.

Der Beschluss einer vollständigen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft folgte den Beratungen des V. Parteitages der SED im Juli 1958. Der Druck auf die Einzelbäuer\*innen, sich den LPG anzuschließen, wurde erhöht. Entsprechend verschärften sich die Proteste der Altbäuer\*innen gegen LPG-Gründungen. Die Staatsmacht ging in der Einschätzung der Situation soweit, diese Proteste als Klassenkampf zu bezeichnen. Am 14. April 1960 wurde die Vergenossenschaftlichung offiziell für beendet erklärt, die letzte Gemeinde der DDR sei nun vollgenossenschaftliches Dorf. Doch auf dem Land gab es ununterbrochen Proteste in Form von Brandstiftungen, Suiziden, Republikflucht oder der

---

19 Wollé: DDR, 2004, S. 19.

20 Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, 1991, S. 212, 217.

21 Wollé: DDR, 2004, S. 23-24.

22 Osmond: Landwirtschaft der SBZ/DDR, 1996, S. 148-150.

Auflösung von LPG. Auch von Viehvergiftungen, Pferdeschlachtungen oder das Viehfüttern mit Nägeln und Glasscherben berichtete die Volkspolizei regelmäßig. Maschinen der LPG wurden gestohlen oder sabotiert. Erst mit dem Mauerbau im August 1961 sollte sich die Lage beruhigen.<sup>23</sup>

## Mauerbau

Die Zwangskollektivierungen der Jahre 1959-1960 und die damit verbundenen Proteste bzw. die Abwanderung in den Westen hatten die DDR in eine akute Versorgungskrise gestürzt. Die zunehmend schlechte Wirtschaftslage wiederum veranlasste immer mehr Menschen zur Flucht in die Bundesrepublik<sup>24</sup>, die u.a. aufgrund der Unterstützung durch den Marshall-Plan und der weniger zu zahlenden Reparationsleistungen an die Westalliierten in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren steckte und mit wachsendem Wohlstand und Konsum lockte. Die Abwanderung aus der DDR über West-Berlin in die Bundesrepublik nahm verheerende Ausmaße an. Im Verlauf von zehn Jahren hatten fast zwei Millionen DDR-Bürger\*innen ihr Land verlassen. 75% davon waren unter 25 Jahren. Vor allem junge und gut qualifizierte Menschen verließen ihre Heimat, darunter Mediziner\*innen, Wissenschaftler\*innen und Ingenieur\*innen.<sup>25</sup> 1959 verließen 143.917 Staatsbürger\*innen die DDR, 1960 waren es 199.188 allein im Juni 1961 19.198.<sup>26</sup> Walter Ulbricht ließ Ende Juni/ Anfang Juli 1961 Chruschtschow wissen, dass er ohne die Schließung der Grenze die Existenz der DDR nicht mehr weiter gewährleisten könne.<sup>27</sup>

Zu dieser Zeit befanden sich die Alliierten in der Zweiten Berlin-Krise. Noch immer stand ein Friedensvertrag im Raum, bei dem es insbesondere um den Status der Stadt Berlin als entmilitarisierte Zone, als „Freie Stadt“, ging. Der Vertrag sah eine Dreiteilung Deutschlands vor: die BRD, die DDR und eine entmilitarisierte freie Stadt Westberlin auf dem Territorium der DDR. Die Westalliierten sollten sich demnach aus Berlin zurückziehen. Doch der Wiener Gipfel Anfang Juni 1961 zwischen dem sowjetischen Staatschef Nikita Chruschtschow und dem US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy verlief für die Sowjetunion enttäuschend – es wurde deutlich, dass die Westalliierten ihre Präsenz in West-Berlin nicht aufgeben und den Friedensvertrag nicht unterzeichnen würden.<sup>28</sup> Die Alternative hierzu war ein separater Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR – die Sowjetunion würde der DDR ihre vollen Hoheitsrechte übertragen, Ost-Berlin wäre Staatsgebiet der DDR und die DDR-Regierung hätte die volle Kontrolle über den Luft- und Landweg in Bezug auf die Zugänge zu West-Berlin. Für Walter Ulbricht eine äußerst attraktive Lösung: bot dies doch die Möglichkeit für die DDR, die volle Souveränität über ihr Territorium, einschließlich Ost-Berlin, zu erhalten und international anerkannt

---

23 Ebd.: S.158-159.

24 Wolle: DDR, 2004, S. 40.

25 Ebd.: S. 41-43; Manfred Wilke: Ulbricht und der Mauerbau, in: Klaus Dietmar Henke (Hrsg.): Die Mauer, München 2011, S. 49-66.

26 Wilke: Ulbricht, 2011, S. 473, Fn. 12.

27 Ebd.: 54.

28 Ebd.: S. 50-52.

zu werden.<sup>29</sup> Sowohl für den West-Berliner Senat als auch für die Westmächte wäre der Ansprechpartner dann die DDR gewesen, was dem Alleinvertretungsanspruch der BRD und der Hallstein-Doktrin entgegengestanden hätte.

Der häufig von Walter Ulbricht zitierte Satz vom 15. Juni 1961 „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen“ und der gängigen Interpretation, Ulbricht hätte an dieser Stelle bewusst gelogen, sei entgegengesetzt, dass Ulbricht zu dieser Zeit tatsächlich nicht wusste, wie sich Chruschtschow mit Blick auf die Berlin-Frage und der Schließung der Sektorengrenze entscheiden würde. So vertrat Ulbricht vor der Presse den Stand der Verhandlungen und die Annahme, der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und ein freies Westberlin werde kommen.<sup>30</sup> Die Kontrolle über den Luftverkehr war für die DDR attraktiv, jedoch nicht für die Westalliierten. Kennedy formulierte im Zuge dieser Auseinandersetzung im Juli 1961 drei unabdingbare Forderungen (Three Essentials): Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin, ungestörtes Zugangsrecht für diese sowie Sicherheit und Freiheit der West-Berliner\*innen.<sup>31</sup> Auf dieser Basis entschied Chruschtschow Ende Juli 1961 die Schließung der Sektorengrenze auf dem Lande zugunsten eines weiterhin freien Luftverkehrs.<sup>32</sup> Der Mauerbau war nun besiegelt.

## Stabilisierungsphase der DDR

Die DDR war der Bundesrepublik wirtschaftlich unterlegen. Ökonomische Schwäche jedoch war gleichzeitig die Basis für politische Delegitimierung und – als Gegenreaktion – Ausgangspunkt staatlicher Repression und Unterdrückung. Trotz des Mauerbaus in Berlin verließen in der Zeit von Anfang 1962 bis Ende 1971 247.000 Menschen die DDR – teils durch Flucht, teils durch zwar erschwerte, aber noch immer legale Wege. Auf Dauer konnten die schlechten Ausgangsbedingungen seit der Gründung der DDR nicht zur Erklärung für die schlechte wirtschaftliche Situation erhalten.<sup>33</sup>

Nach dem Mauerbau wurde in der DDR die Wirtschaftsreform eingeleitet. In Verbindung mit einer erhöhten Investitionsrate führte dies zu einer realen Verbesserung der materiellen Versorgung in der DDR: Die Lebensmittelversorgung stabilisierte sich, das Angebot wurde breiter, die Ausstattung der Haushalte mit technischen Konsumgütern wie Fernseher, Waschmaschinen und Kühlschränken vervielfachte sich – trotz allem blieb sie jedoch weit hinter der Bundesrepublik zurück.<sup>34</sup> Im letzten Drittel der 1960er Jahre konzentrierte sich die SED-Regierung auf Investitionen in die moderne Industriebranche - und vernachlässigte sowohl den Konsumgüterbereich als auch die Energieproduktion. Der besonders harte Winter 1969/70 offenbarte die entstandenen Engpässe in diesen Bereichen. Zum

---

29 Ebd.: S. 51.

30 Ebd., S. 50-51. Siehe auch Siegfried Prokop: Unternehmen „Chinese Wall“. Die DDR im Zwielicht der Mauer, Frankfurt/Main 1992, S. 148-149.

31 Prokop: Chinese Wall, 1992, S. 151.

32 Wilke: Ulbricht, 2011, S. 57-58.

33 Fülberth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 115; S. 127.

34 André Steiner: Zwischen Wirtschaftswundern, Rezession und Stagnation. Deutsch-deutsche Wirtschaftsgeschichte 1945-1989, in: Ch. Kleßmann/P. Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte, Bonn 2005, S. 177-191, hier S. 183.

20. Jahrestag der Republik reimte der Volksmund ironisch: „Keine Kohlen im Keller, keine Kartoffeln im Sack. Es lebe der 20. Jahrestag.“<sup>35</sup> Die erneute Wirtschaftskrise sollte nach 20 Jahren Alleinherrschaft durch Walter Ulbricht nun auch zu einem Machtwechsel führen.

Der Wechsel an der Regierungsspitze von Walter Ulbricht zu Erich Hocker im Jahr 1971 wurde von einer weiteren Änderung der Wirtschaftspolitik begleitet. Mit dem VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 wurde nun die Hebung der Arbeits- und Lebensbedingungen der breiten Massen in den Vordergrund gestellt – die so genannte Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Hatte man unter Ulbricht einseitig auf den Ausbau der Industrie gesetzt und andere Bereiche vernachlässigt, sollte nun nur so viel Industriepolitik betrieben werden, wie es mit der Stabilisierung und Erhöhung des Lebensstandards vereinbar war. Dies war verbunden mit Rentenerhöhungen, der Einführung des Wohnungsbauprogramms, in dessen Zuge ehrgeizige Baumaßnahmen für Neubausiedlungen ins Leben gerufen wurden oder mit frauenemanzipatorischen Regelungen wie der Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen.<sup>36</sup> (Weitere Informationen zur Frauenpolitik der SED siehe Ausführungen zum [Thema Alltag](#). Ebenso werden Aspekte der Selbstverständlichkeit bspw. der Berufstätigkeit von Frauen in den Interviews mit Eik Heyse und Grit Mondry deutlich).

Zum Selbstverständnis der DDR gehörte eine ausgeprägte Sozialpolitik: die Kinderbetreuung seit der Krippe war ebenso kostenlos wie die medizinische Betreuung. Es gab keine Wohnungslosigkeit und das Wohnen war preiswert. Junge Familien wurden mit Krediten unterstützt, die Kinderausstattung wie bspw. Kinderkleidung war stark subventioniert ebenso wie Lebensmittel des täglichen Bedarfs. Doch diese Politik hatte ihren Preis: sie führte zu einer schweren Verschuldung der DDR. Der Gedanke der Wirtschaftspolitik war, dass nur das ausgegeben werden konnte, was eingenommen wurde – doch offenbar waren diese beiden Bereiche nicht aufeinander abgestimmt. Um die Ausgaben für die Sozialpolitik nicht drosseln zu müssen, begann die DDR-Regierung, Auslandskredite aufzunehmen, vornehmlich in der BRD. Um die Schulden begleichen zu können, wurde ab Beginn der 1980er Jahre vermehrt für den devisabringenden Export produziert – Waren, die für den inländischen Bedarf geplant waren, wurden hier abgezweigt und kurzfristig zur Ausfuhr freigegeben. Sie fehlten dadurch im Warensortiment der DDR – die ökonomische Krise wurde nun auch für die Bevölkerung spürbar.<sup>37</sup> (weitere Informationen zum Thema Mangelwirtschaft siehe Ausführungen zum [Thema Alltag](#). Hierzu auch das Interview von Gerhard Kempe).

## Krisenerscheinungen ab Mitte der 1970er Jahre

Neben den wirtschaftlichen Verschlechterungen gab es zunehmend weitere Aspekte, die zur Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung führten: bereits Mitte der 1970er Jahre gab es Konflikte um andersdenkende Künstler\*innen, an der Spitze Manfred Krug und Wolf Biermann, dessen Ausbürgerung 1976 erfolgte. Die Selbstverbrennung des Pfarrers

---

35 Zit. nach: Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, in: ders.: Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang, Bonn 2015, S.30.

36 Fülberth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 184.

37 Ebd.: S. 213-220.

Oskar Brüsewitz im August 1976 offenbarte die Diskriminierung gegenüber Christ\*innen in der DDR und Ende der 1970er Jahre begann sich die unabhängige Friedensbewegung unter dem Dach der Kirche zu konstituieren.<sup>38</sup> Ab Beginn der 1980er Jahre wurde es deutlich: opponierende Jugendliche, Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen versammelten sich unter dem Dach der evangelischen Kirche, die mit ihrem Ansatz der „Offenen Arbeit“ (OA) ein Sammelbecken für all diejenigen wurde, die mit dem System unzufrieden waren. Zwar war es in der Zahl insgesamt nur ein verhältnismäßig kleiner Bevölkerungsanteil. Dieser jedoch bildete eine nicht zu unterschätzende Basis für die Proteste ab Sommer 1989. (vertiefende Informationen zur Kirchenarbeit, jugendlichen Punks und Umweltgruppen siehe Ausführungen unter: [Flucht und Ausreise](#)).

Noch immer war die DDR ein Land mit einer im Vergleich zu Mittel- und Westeuropa sehr hohen Frauenbeschäftigungsquote, einem leistungsfähigen staatlichen Gesundheitssystem und ein Land ohne Arbeitslosigkeit. Doch die Mehrheit der Bevölkerung orientierte sich an Konsum- und Reisemöglichkeiten in der BRD. Die Einschränkung individueller Entfaltungsmöglichkeiten sowie die fehlende Freiheit zur Meinungsäußerung – nicht zuletzt das Verbot des sowjetischen Magazins Sputnik in der DDR - wurden nun als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Perspektivlosigkeit verstanden. Die Anzahl derjenigen, die die DDR verließen, stieg. In der Zeit von 1986-1988 waren es 82.981 Menschen.<sup>39</sup> Allein in den Jahren 1987/88 versuchten jeweils 1221 bzw. 1688 DDR-Bürger\*innen, das Land trotz der massiven Grenzsicherungen auf illegale Weise zu verlassen. 1988 gelang dies 115 von ihnen.<sup>40</sup>

Die neue Politik des sowjetischen Staatschefs Michael Gorbatschow in der Sowjetunion, die Streiks in Polen, die politischen Veränderungen in Ungarn - die wirtschaftliche Öffnung zu marktwirtschaftlichen Elementen sowie der Abbau der Grenzen zwischen Österreich und Ungarn im Mai 1989 – stellten die Zeichen auf Veränderung innerhalb des sozialistischen Blocks. Die deutlich gefälschten Kommunalwahlen im März 1989 in der DDR führten nun auch hier zu vermehrter öffentlicher Kritik durch Intellektuelle. Diese zielte auf eine systemimmanente Verbesserung – das Fortbestehen der DDR wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht infrage gestellt.<sup>41</sup>

Der Exodus der DDR wurde durch die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze eingeläutet. In der Nacht vom 9./10. September 1989 öffnete Ungarn seine Grenze nach Österreich auch offiziell für DDR-Bürger\*innen, nachdem bereits vorher durch ungarische Grenzer fluchtwillige DDR-Bürger\*innen nicht am Übertritt nach Österreich gehindert worden waren. Bis Ende Oktober gingen auf diesen Weg 50.000 DDR-Bürger\*innen in den Westen. Tausende andere warteten in den BRD-Botschaften in Warschau und Prag auf ihre Ausreisegenehmigung. Als ihnen schließlich die Ausreise erstattet wurde, verließen nunmehr 13.500 Menschen über Prag, 1500 über Warschau ihre Heimat.<sup>42</sup>

---

38 Wollé: DDR, 2004, S. 67.

39 Fülberth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 239f.

40 Wollé: Die heile Welt, 2015, S. 387.

41 Fülberth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 243f.

42 Ebd.: S. 245f.

## Der Mauerfall 1989

Diese Ereignisse im Sommer 1989 gaben dann endgültig die Initialzündung für landesweite Proteste. Regimekritische Gruppen traten mit Forderungen zu Reformen an die Öffentlichkeit. Neugründungen politischer Parteien und Gruppen wie der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), „Demokratie Jetzt“ oder dem „Neuen Forum“ folgten. Im Zentrum ihrer Forderungen standen die Gewährung von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie unabhängige Wahlen und weitere politische Reformen. Ab Oktober folgten Massendemonstrationen mit bis zu 120.000 Bürger\*innen in Leipzig am 16. Oktober 1989. Der am 18. Oktober 1989 initiierte Machtwechsel von Erich Honecker an Egon Krenz konnte den rasanten Entwicklungen im Land indes keinen Einhalt mehr gebieten. Die Massenabwanderung aus der DDR hielt auch im November unvermindert an und veranlasste die neue DDR-Regierung am 9. November zur Bekanntgabe einer vorgezogenen Ausreiseregulierung, die bis zum Inkrafttreten eines neuen Ausreisegesetzes Gültigkeit haben sollte. Die bekannten Worte Günter Schabowskis auf Nachfrage einer Journalistin, ab wann diese Regelung denn gültig sei, veranlasste hunderttausende Menschen noch in der Nacht zum 10. November 1989, über die offiziellen Grenzübergänge in die Bundesrepublik und nach West-Berlin zu strömen.<sup>43</sup> Entsprechend ging der 9. November 1989 als Tag des Mauerfalls in die deutsche Geschichte ein und wurde ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur deutschen Einheit.

### Literatur:

- Fülberth, Georg: BerlinBonnBerlin. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 1999
- Geschichte der DDR, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung in der Reihe: Informationen zu politischen Bildung, Nr. 312, 3/2011
- Kleißmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1991
- Osmond, Jonathan: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945-1961, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996, S. 137-169
- Prokop, Siegfried: Unternehmen „Chinese Wall“. Die DDR im Zwielficht der Mauer, Frankfurt/Main 1992
- Steiner, André: Zwischen Wirtschaftswundern, Rezession und Stagnation. Deutsch-deutsche Wirtschaftsgeschichte 1945-1989, in: Ch. Kleißmann/P. Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte, Bonn 2005, S. 177-191
- Wilke, Manfred: Ulbricht und der Mauerbau, in: Klaus Dietmar Henke (Hrsg.): Die Mauer, München 2011, S. 49-66
- Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, in:

---

43 BpB: Geschichte der DDR, 2011, S. 70-73.



ders.: Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang, Bonn 2015  
Wolle, Stefan: Die DDR, Frankfurt/ Main 2004

## Hintergrundwissen zum Leben in der DDR

### Alltag

Die Darstellungen über die DDR im öffentlichen Diskurs differieren stark – doch vielfach wird einseitig auf den Diktaturcharakter der DDR sowie die marode Wirtschaft verwiesen und entsprechende Themen bedient – sei es in Museen und Ausstellungen, in Dokumentationen und Fernsehproduktionen oder in Geschichtslehrbüchern<sup>44</sup>. Unbenommen sind Menschen aus unterschiedlichen Gründen von der Staatsmacht in der DDR schikaniert und verhaftet worden, Menschen fühlten sich gegängelt oder bevormundet und sahen sich insbesondere ab Mitte der 1980er Jahre mit einem Auseinanderdriften zwischen Propaganda und Realität konfrontiert. Dem gegenüber stehen jedoch Erfahrungen von Menschen, die in der DDR einen Alltag hatten, in dem sie nicht in Konflikt mit der Staatsgewalt kamen und ein für sie „ganz normales Leben“ führten.<sup>45</sup>

So gehörte zu diesem Alltag, dass sowohl Männer als auch Frauen erwerbstätig waren. Insbesondere im Vergleich zur Bundesrepublik ist die hohe Beschäftigungszahl der Frauen in der DDR auffällig: im Jahr 1989 waren 78,1% aller Frauen im arbeitsfähigen Alter berufstätig (zählt man die Frauen, die sich 1989 in Ausbildung/ im Studium befanden hinzu, belief sich die Beschäftigungsquote insgesamt auf 91,2%). In der BRD waren es im Jahr 1988 dagegen nur 55% der Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren.<sup>46</sup> Oft wird insbesondere der stete Mangel an Arbeitskräften in der DDR zur Begründung dieser Beschäftigungspolitik herangezogen. Doch greift diese Erklärung zu kurz. Die Gleichberechtigung der Frau war integraler Bestandteil der sozialistischen Weltanschauung<sup>47</sup> und von daher verfassungsrechtlich seit 1949 verankert.<sup>48</sup>

Um eine Beschäftigung der Frau zu ermöglichen, war es notwendig, eine dies unterstützende Infrastruktur zu schaffen, zu der insbesondere die Gewährleistung der Kinderbetreuung gehört. Wie in anderen (auch westeuropäischen Staaten wie Finnland, Schweden, Norwegen oder Dänemark) Ländern auch, war in der DDR die Krippe ein Instrument

- 
- 44 Vgl. hierzu: Kathrin Klausmeier: So eine richtige Diktatur war das nicht... Vorstellungen Jugendlicher von der DDR. Geschichtspolitische Erwartungen und Befunde, Göttingen 2020.
- 45 Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008.
- 46 Sabine Berghahn: Frauen, Recht und langer Atem – Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland, in: Gisela Helwig/ Hildegard Maria Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993, S. 71-138, hier S. 97.
- 47 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Bonn 1980 (Neusatz der 1929 erschienen Jubiläumsausgabe), S. 43.
- 48 Anna Kaminsky: Frauen in der DDR, Berlin 2020<sup>3</sup>, S. 12.

der Frauenemanzipation. So gingen in der DDR im Jahr 1989 Kinder im Alter zwischen ein bis drei Jahren zu 80% in eine Kinderkrippe – im Vergleich dazu in der Bundesrepublik in derselben Altersgruppe nur 1,6%.<sup>49</sup> Entsprechend „normal“ ist es für in der DDR sozialisierte Menschen, in den Kindergarten bzw. die Krippe gegangen zu sein. Und nur durch die Flankierung mit solchen sozialpolitischen Maßnahmen konnte die hohe Erwerbstätigkeit der Frauen erreicht werden.

Die familienpolitische Zielsetzung der SED, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können, zielte indes vor allem auf die Frauen ab und hier mit Fokus auf die quantitative Einbeziehung der Frauen in den Erwerbsprozess. Männer spielten bei den sozialpolitischen Überlegungen der SED kaum eine Rolle. In der praktischen Umsetzung und übersetzt in den Alltag vieler Frauen in der DDR bedeutete dies eine Mehrfachbelastung in vielerlei Hinsicht: die Vereinbarkeit von Beruf, Kindererziehung und Haushaltsführung – und ggf. die Beziehungsgestaltung zum Partner. Durch die ökonomische Unabhängigkeit der Frau vom Mann, aber auch durch ihr Gleichberechtigungsstreben und hohe Ansprüche an den Partner stieg die Anzahl unehelich geborener Kinder in der DDR (1988 ca. ein Drittel) sowie die Anzahl der geschiedenen Ehen kontinuierlich. In der DDR gab es eine hohe Quote an alleinlebenden, unverheirateten Müttern. Gegen Ende der 1980er Jahre lebte etwa jedes zehnte Kind in der DDR allein mit der Mutter und nur jedes hundertste bei seinem Vater.<sup>50</sup> Diese Realität ging an dem Frauenleitbild der SED vorbei. Letzteres propagierte eine Frau, die stets berufstätig sowie Mutter mehrerer Kinder war und die Job und Familie „allzeit problemlos miteinander zu vereinbaren“<sup>51</sup> verstand. Doch trotz der starken Mehrfachbelastung von Familie/Haushalt und Erwerbstätigkeit erfolgte für Frauen in der DDR die Erwerbstätigkeit nicht aus rein finanziellen Erwägungen heraus, sondern sie wurde zu einem Bedürfnis. 1982 gaben über 60% der befragten zwanzig- bis vierzigjährigen Frauen an, dass beide Lebensbereiche für sie gleich bedeutsam seien, nur 38% hielten das Familienleben mit Kindern wichtiger als den Beruf. Aus der Doppelbelastung wurde ein Doppelanspruch.<sup>52</sup>

Eine besondere Bedeutung beim Aufwachsen in der DDR hatte das Kollektiv. Ein Kollektiv gab es nicht nur in Arbeitszusammenhängen sondern in allen Lebensbereichen: neben dem Betrieb gab es Sportkollektive, Kleingartenkollektive oder Jagdkollektive.<sup>53</sup> In der betrieblichen Arbeitsbrigade oder im sozialistischen Kollektiv rang man gemeinsam nach guten Ergebnissen im sozialistischen Wettbewerb, die immer auch mit Auszeichnungen und Prämienzahlungen verbunden waren. Auch war das Arbeitskollektiv in Bezug auf ge-

---

49 Sandrine Kott: Die Kinderkrippe, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 281-290. Entsprechend hitzig und ideologisch aufgeladen wurden die Debatten um die Bewertung von Kinderkrippe und -garten nach der politischen Wende 1989/90 geführt. Stellt man die Kinderbetreuung in einen gesamteuropäischen Kontext, so war es nunmehr die Bundesrepublik, die im Umfang der außerfamiliären Kinderbetreuung hinterherhinkte. Siehe ebd.: S. 283.

50 Zitiert nach Gysi/Meyer: Leitbild, 1993, S. 140.

51 Ebd.: S. 141.

52 Jutta Gysi/ Dagmar Meyer: Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: Gisela Helwig/ Hildegard Maria Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993, S. 139-165, hier S. 141.

53 Birgit Wolf: Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch, Stichwort: Kollektiv, Berlin 2000, S. 123.

meinsam verbrachte Zeit nicht auf den Arbeitsbereich beschränkt: gemeinsam nahm man z.B. auch an Kultur- und Freizeitaktivitäten teil. Geborgenheit und Beständigkeit zählten auch Jahre nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland zu den wichtigsten Werten.<sup>54</sup> Neben der Organisation in Kollektiven und Brigaden seit der Jugend, hatte das Gemeinschaftsgefühl noch einen weiteren Ursprung: durch den erlebten Mangel und die dadurch entstandene Notwendigkeit der Nachbarschaftshilfe und des Tauschgeschäfts als Kompensation desselbigen entstand auch an dieser Stelle eine gesellschaftliche Bindung untereinander.<sup>55</sup> Die Thematik des stärkeren Zusammenhalts findet sich auch in den Zeitzeugengesprächen mit [Eik Heyse](#) und [Gerhard Kempe](#) wieder.

Dabei bedeutete Mangel – mit Ausnahme der Nachkriegsjahre - nicht Hunger. Vielmehr konnten die wachsenden Bedürfnisse und sich verändernden Wünsche der Bevölkerung durch die staatlich gelenkte Wirtschaft nicht befriedigt werden. Mangel stand also für: „Mangel an Vielfalt, Mangel an modernen und hochwertigen Waren, [...] Mangel an Lebensqualität.“<sup>56</sup> Der Vergleich mit der benachbarten Bundesrepublik lag nahe, zumal über bestehende Verwandtschaften und Westfernsehen der steigende Wohlstand in der BRD deutlich sichtbar war. Mangels attraktiver Waren im eigenen Land stieg der Wunsch nach Gütern aus dem Westen sowie deren moralischer Wert zunehmend. Selbst solche Waren, die es auch in der DDR in ausreichender Menge und guter Qualität zu erwerben gab, wurden geringer wertgeschätzt als ihre westlichen Pendanten.<sup>57</sup>

Hierzu siehe auch das Interview von [Grit Mondry \(Bild von der BRD und Westprodukte\)](#).

Das Westpaket als „Warenüberbringer“ zu Weihnachten, Ostern und Geburtstagen ist noch immer im Gedächtnis vieler ehemaliger DDR-Bürger\*innen verankert. Der Duft beim Öffnen des Pakets – eine „Mischung aus Apfelsinen, Seife, Kaffee, Schokolade und einigen anderen Zutaten mehr“<sup>58</sup> fällt vielen zum Stichwort „Westpaket“ noch heute als erstes ein.<sup>59</sup> Dabei gab es durchaus Missverständnisse, denn es hatte sich im Westen das Bewusstsein durchgesetzt, den über das Fehlen von Waren des täglichen Bedarfs klagenden „armen Ost-Verwandten“ weit überlegen zu sein. Doch während „die einen den Klagen über fehlende Waren [...] ein Bild des Mangels und der Armut entnahmen, wunderten sich die anderen, wenn sie in den Paketen in den sechziger und siebziger Jahren noch immer Grundnahrungsmittel erhielten, die es in der DDR inzwischen ausreichend zu kaufen gab.“<sup>60</sup>

Hierzu siehe auch die Interviews von [Eik Heyse](#) und [Grit Mondry \(Bild von der BRD und](#)

---

54 Lutz Niethammer: Das Kollektiv, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 269-280, hier S. 269; 275.

55 Kathrin Klausmeier: So eine richtige Diktatur war das nicht... Vorstellungen Jugendlicher von der DDR. Geschichtspolitische Erwartungen und Befunde, Göttingen 2020, S. 339.

56 Zitiert nach: Anna Kaminsky: Einkaufsbeutel und Bückware, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 248-258, hier: S. 248.

57 Kaminsky: Einkaufsbeutel, 2009, hier S. 254.

58 Ebd.: S. 441.

59 Petra Kabus: Das Westpaket, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 441-450, hier S. 441.

60 Zitiert nach Kaminsky: Einkaufsbeutel, 2009, S. 254.

Westprodukte).

Nicht nur Westpakete oder die im Intershop käuflichen Westprodukte schürten die Aufwertung des Westens. Städte wie Paris, London oder New York blieben durch die Reiserestriktionen schier unerreichbar und wurden zu Sehnsuchtsorten. In den 1980er Jahren fuhren nur etwa 20% der DDR-Bevölkerung für den Urlaub ins Ausland, zumeist in die benachbarten Ostblockstaaten. Zum Großteil wurden die Urlaubsreisen von staatlichen Institutionen wie dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) oder dem staatlichen Reisebüro organisiert. Für Kinder standen zudem betriebseigene Ferienlagerplätze zur Verfügung und wurden lokal Ferienaktivitäten angeboten. Ein Großteil der Schulkinder und Lehrlinge nahm an einer derart organisierten Ferienmaßnahme teil.<sup>61</sup>

Über den Urlaub und das Ferienlager berichten auch [Grit Mondry](#) und [Eik Heyse](#) in ihren Interviews.

Immerhin galt es in den Sommermonaten acht Ferienwochen zu überbrücken. Neben den Urlaubsreisen an die Ostsee oder in den Harz verbrachten viele Familien teilweise oder gänzlich den Sommer in ihrer „Datsche“. Wo Grund und Boden zur Pacht freigegeben wurden, bauten sich viele DDR-Bürger\*innen entweder in Eigeninitiative ein kleines Ferienhäuschen oder ließen einen Fertigteil-Bungalow errichten. Namensgeberin war die russische „Datscha“ – ursprünglich ein Geschenk von Fürsten an ihre Untertanen. Neben den 855.000 Kleingärten in Kleingartenkolonien gab es rund 2,6 Millionen dieser Datschen – damit hielt die DDR die Weltspitze in der Dichte von Erholungsparzellen. Der Kleingarten bot die Möglichkeit, dem Alltag in den Mietwohnungen und Plattenbauten zu entfliehen und Kreativität und handwerklichem Geschick – so die Baumaterialien vorhanden waren – nachzugehen.<sup>62</sup> Auch galt der Garten durchaus als Versorgungsquelle mit frischem Obst und Gemüse. Die bei staatlichen Sammelstellen abgelieferten Produkte brachten zusätzliche Einnahmen. Der Staat wiederum verkaufte es u.a. nach West-Berlin und verdiente sich somit dringend benötigte Devisen.<sup>63</sup> Die Datsche wird auch im Interview mit [Eik Heyse](#) erwähnt.

## Literatur

Bebel, August: Die Frau und der Sozialismus, Bonn 1980

Berghahn, Sabine: Frauen, Recht und langer Atem – Bilanz nach über 40 Jahren Gleichstellungsgebot in Deutschland, in: Gisela Helwig/ Hildegard Maria Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993

Behling, Klaus: Leben in der DDR. Alles was man wissen muss, Berlin 2019

Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt

---

61 Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 94-96.

62 Klaus Behling: Leben in der DDR. Alles was man wissen muss, Berlin 2019, S. 499-501.

63 Stefan Wolle: Die Datsche als Symbol des Alltags in der DDR, DDR-Museum (Stand: 22.06.2022), URL: <https://www.ddr-museum.de/de/blog/archive/bedrohte-idylle-die-datsche-als-symbol-des-alltags-der-ddr>. [letzter Zugriff: 17.11.2022].

2008

Gysi, Jutta / Dagmar Meyer: Leitbild: berufstätige Mutter – DDR-Frauen in Familie, Partnerschaft und Ehe, in: Gisela Helwig/ Hildegard Maria Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945-1992, Bonn 1993, S. 139-165

Kabus, Petra: Das Westpaket, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 441-450

Kaminsky, Anna: Einkaufsbeutel und Bückware, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 248-258

Klausmeier, Kathrin: So eine richtige Diktatur war das nicht... Vorstellungen Jugendlicher von der DDR. Geschichtspolitische Erwartungen und Befunde, Göttingen 2020

Kott, Sandrine: Die Kindergrippe, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 281-290

Middendorf, Stefan: Recht auf Arbeit in der DDR. Von den theoretischen Grundlagen bis zu den Berufsverboten für Ausreisewillige, Berlin 2000

Niethammer, Lutz: Das Kollektiv, in: Martin Sabrow (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, München 2009, S. 269-280

Wolf, Birgit: Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch, Berlin 2000

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung vom 7. Oktober 1974

Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratische Republik – StGB vom 12. Januar 1968 in der Fassung des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Änderung des Strafgesetzbuches

## Online

Wolle, Stefan: Die Datsche als Symbol des Alltags in der DDR, DDR-Museum (Stand: 22.06.2022), URL: <https://www.ddd-museum.de/de/blog/archive/bedrohte-idylle-die-datsche-als-symbol-des-alltags-der-ddr>. [letzter Zugriff: 17.11.2022].

## Jugend

### Demokratisierung der Bildungspolitik

In der SBZ galt ab 1946/47 die staatliche Einheitsschule. Dies sollte allen Bildungsschichten den gleichen Zugang zu Bildung gewährleisten und die Bildungsprivilegien des Bildungsbürgertums abbauen. Alle Kinder sollte der Weg zu den höchsten Bildungsstätten des Landes offenstehen: unabhängig von Herkunft, Stellung und Vermögen der Eltern. Privatschulen waren nicht erlaubt. Entsprechend diesem Ansatz besuchten alle Kinder eine einheitliche achtjährige Grundschule (Polytechnische Oberschule) und erst im Anschluss war ein Wechsel auf eine vierjährige Oberschule (EOS – Erweiterte Oberschule) oder eine dreijährige Berufs- oder Fachschule möglich. In den Anfangsjahren wurden zudem sogenannte Arbeiter- und Bauernfakultäten (ABF) an den Universitäten errichtet, die Arbeiter- und Bauernkindern ein Studium auch ohne Abitur ermöglichen sollten. Dies durchbrach gezielt die tradierten Strukturen des deutschen Bildungssystems. Ferner

wurden neben der Justiz gerade im Schulbereich die Entnazifizierung besonders vorange-  
trieben. Alle Lehrer\*innen, die Mitglieder der NSDAP waren, wurden aus dem Schuldienst  
entlassen und Neulehrer\*innen eingesetzt. Mit dieser Bildungspolitik ging entsprechend  
eine rasche Herausbildung neuen Personals für öffentliche Funktionen einher.<sup>64</sup>

## Kindheit und Jugend im Schulsystem

Ende der 1980er Jahre besuchten ca. 80% eines Jahrgangs die Kinderkrippe (bis zum 3.  
Lebensjahr) über 95% die Kindergärten. Für die Nachmittage in der Schule gab es einen  
Schulhort.<sup>65</sup> Dabei stand die Erziehung der Kinder zu einer „sozialistischen Persönlichkeit“  
im Fokus, die als Teil eines „sozialen Kollektivs“ verstanden werden kann.<sup>66</sup> Das Jugendge-  
setz von 1974, das bis zum Ende der DDR in Kraft blieb, definierte den Platz, den Jugend-  
liche in der DDR-Gesellschaft einnehmen sollten. Während ihnen der Staat „das Recht  
auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Freude und Frohsinn“<sup>67</sup>  
garantierte, forderte der Staat von seiner Jugend im §2 des Jugendgesetzes:

„Aufgabe jedes jungen Bürgers ist es, auf sozialistische Art zu arbeiten, zu lernen und  
zu leben, selbstlos und beharrlich zum Wohle seines sozialistischen Vaterlandes - der  
Deutschen Demokratischen Republik - zu handeln, den Freundschaftsbund mit der  
Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern zu stärken und für die all-  
seitige Zusammenarbeit der sozialistischen Staatengemeinschaft zu wirken. Es ist eh-  
renvolle Pflicht der Jugend, die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und die  
Errungenschaften des Sozialismus zu achten und zu verteidigen, sich für Frieden und  
Völkerfreundschaft einzusetzen und antiimperialistische Solidarität zu üben. Alle jungen  
Menschen sollen sich durch sozialistische Arbeitseinstellung und solides Wissen und  
Können auszeichnen, hohe moralische und kulturelle Werte ihr eigen nennen und aktiv  
am gesellschaftlichen und politischen Leben, an der Leitung von Staat und Gesellschaft  
teilnehmen. Ihr Streben, sich den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Welt-  
anschauung der Arbeiterklasse, anzueignen und sich offensiv mit der imperialistischen  
Ideologie auseinanderzusetzen, wird allseitig gefördert. Die jungen Menschen sollen sich  
durch Eigenschaften wie Verantwortungsgefühl für sich und andere, Kollektivbewußtsein  
und Hilfsbereitschaft, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit,  
Mut und Standhaftigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, ihren Leistun-  
gen und Verdiensten sowie verantwortungsbewußtes Verhalten zum anderen Geschlecht  
auszeichnen. Sie sollen sich gesund und leistungsfähig halten.“<sup>68</sup>

---

64 BpB: Geschichte der DDR, 2011, S. 16; Fülberth: BerlinBonnBerlin, 1999, S. 33.

65 Anne Seeck: Alltag und Repression in der DDR, in: dies. (Hrsg.): Das Begehren anders zu sein. Politi-  
sche und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Münster 2012, S. 15-43, hier. S. 16.

66 Peter Helmberger: Blauhemd und Kugelkreuz. Konflikte zwischen der SED und den christlichen Kir-  
chen um die Jugendlichen in der SBZ/DDR, München 2008, S. 47.

67 Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik an der Gestaltung  
der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen  
Demokratischen Republik. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974. URL: [https://www.verfassun-  
gen.de/ddr/jugendgesetz74.htm](https://www.verfassun-<br/>gen.de/ddr/jugendgesetz74.htm). [letzter Zugriff: 13.03.2023].

68 §2 Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik an der Gestaltung  
der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen



Der Gewährung von Rechten folgte unweigerlich eine Formulierung von einzuhaltenden Pflichten. Dabei spielten Massenjugendorganisationen eine entscheidende Rolle. Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) wurde bereits am 7. März 1946 als eine einheitliche, überparteiliche Jugendorganisation in allen Ländern der SBZ gegründet, nachdem bereits im Exil proletarische Jugendverbände in Prag, Paris und Großbritannien mit dem gleichen Namen entstanden waren.<sup>69</sup> Der anfängliche Anspruch der Überparteilichkeit spiegelte sich zunächst auch in einer sehr diversen Besetzung des Führungsgremiums der FDJ wider. Doch schon im Mai 1949 wurden die kirchlichen Verbindungen aufgelöst, im Zuge der verschärften ideologischen Auseinandersetzungen 1952 wurde die führende Rolle der SED in die Verfassung der FDJ übernommen, ab April bezeichnete sich die FDJ dann selbst als „sozialistische Jugendorganisation der DDR“.<sup>70</sup> Der Gruß der FDJler\*innen hieß „Freundschaft“ und das äußere Kennzeichen der FDJ-Mitglieder waren ihr blaues Hemd (Blauhemd) mit dem Symbol der aufgehenden Sonne.

Die Mitgliederzahl der FDJ stieg seit der Gründung rasant an. Dies lässt sich für den Anfang auch darauf zurückzuführen, dass im Rahmen der Jugendorganisation gezielt staatlich hoch subventionierte Veranstaltungen für Jugendliche stattfanden. Ab Ende der 1950er Jahre konnte die FDJ knapp die Hälfte, ab Anfang der 1980er Jahre knapp zwei Drittel aller Jugendlichen zwischen 14-25 Jahren unter ihrem Dach organisieren. Doch schon bald wandelte sich die Mitgliedschaft zur FDJ als quasi-Zugangsvoraussetzung für die Zulassung zur Erweiterten Oberschule (und somit zum Abitur), zum Studium oder für die Aufnahme bestimmter Berufe.<sup>71</sup>

Die Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ unterstand organisatorisch der FDJ. Dabei waren die Pioniere noch einmal aufgesplittet in „Jungpioniere“ (Klasse 1-3) mit einem blauen Halstuch und den Thälmannpionieren (Klasse 4-7) mit einem roten Halstuch.<sup>72</sup> Insgesamt waren etwa 98% aller Schüler\*innen dieses Alters Mitglieder in der Pionierorganisation. Die Pioniere einer Schulklasse bildeten die Pioniergruppe, aus ihrer Reihe wurde der sogenannte Gruppenrat gewählt, dessen Mitglieder verschiedene Funktionen hatten: Vorsitzende\*r und Stellvertretende\*r, Wandzeitungsredakteur\*in zur Gestaltung thematischer und anlassbezogener Wandzeitungen, Schriftführer\*in zur Dokumentation von Klassenausflügen etc. Der/die Gruppenratsvorsitzende\*r wurde zum Freundschaftsrat delegiert, eine Art Schüler\*innenvertretung der gesamten Schule. Auch hier gab es eine\*n Vorsitzende\*n, die Leitung der gesamten Pioniere oblag der/dem Pionierleiter\*in, ein Mitglied der FDJ.<sup>73</sup>

Pioniere trafen sich regelmäßig zu Pioniernachmittagen, sammelten gemeinsam Altstoffe (altes Papier, alte Gläser für die es in der DDR im sogenannten SERO-System Geld

---

Demokratischen Republik. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974. URL: <https://www.verfassungen.de/ddr/jugendgesetz74.htm>. [letzter Zugriff: 13.03.2023].

69 Helmberger: Blauhemd und Kugelkreuz, 2008, S. 72.

70 Ebd.: S. 74-76.

71 Ebd.: S.78, hier Kurt Hager, Sekretär des ZK der SED, zitierend.

72 BpB: Geschichte der DDR, 2011, S. 59.

73 Junge Pioniere, in: zeitklicks, URL.: <https://www.zeitklicks.de/ddr/alltag/kindheit-in-der-ddr/junge-pioniere>. [letzter Zugriff: 13.03.2023].

gab - dieses wiederum kam der Klassenkasse zugute oder wurde für Solidaritätsaktionen gespendet), veranstalteten nachmittags Solidaritätsbasare, es wurden Gesprächspartner\*innen zu verschiedenen Themen eingeladen oder auch ins Museum gegangen. In größeren Städten gab es so genannte Pionierhäuser, in denen nachmittags verschiedene kostenfreie Angebote zur Freizeitgestaltung wahrgenommen werden konnten - von Astronomie, über Ballett bis hin zu Technikzirkeln.

## Jugendweihe

Eine zentrale Rolle Jugendlicher DDR-Bürger\*innen war die seit 1955 wieder eingeführte Jugendweihe. Bereits vor der Machtübergabe an die Nationalsozialisten hatte sich neben der Konfirmation und der Kommunion eine Tradition der proletarischen Jugendweihe herausgebildet, an die Mitte der 1950er Jahre in der DDR wieder angeknüpft wurde. Die Einführung der Jugendweihe avancierte zu einem gewaltigen Konfliktpunkt zwischen Staat und Kirche, denn letztere verstand die Jugendweihe sehr richtig als Konkurrenzveranstaltung zu ihren eigenen Jugendfeiern und als Verdrängungspolitik gegenüber dem kirchlichen Einfluss auf die Jugendlichen.<sup>74</sup> Inhaltlich wurde die Jugendweihe durch sogenannte Jugendstunden vorbereitet, die außerhalb des Schulunterrichts ausgerichtet wurden. Am Tag der Jugendweihe gab es in einem offiziellen Rahmen eine Festansprache durch eine\*n Redner\*in aus Politik, Wissenschaft oder Kultur, es wurde ein Gelöbnis gesprochen und es wurden Geschenkbücher verteilt. Anschließend fand die Feier zu einem großen Umfang im Kreise von Freundeskreis und Familie statt.<sup>75</sup> Ab Ende der 1950er Jahre konnte sich die Jugendweihe flächendeckend als festes Ritual in der DDR durchsetzen. Bis zur deutschen Einheit 1990 nahmen in jedem Jahrgang stets über 80% der Jugendlichen an der Jugendweihe teil. Damit einher ging eine stetig sinkende Zahl der kirchlichen Konfirmationen/ Firmungen.<sup>76</sup>

Schülerinnen und Schüler, die nicht bei den Pionieren oder in der FDJ waren, konnten weder an den Pioniernachmittagen teilnehmen noch konnten sie in den Gruppenrat gewählt werden. An dieser Stelle griffen Ausschlussmechanismen. Auch wenn es nicht unmöglich war, mit christlichem Hintergrund sein Abitur in der DDR abzulegen, wurden Schüler und Schülerinnen, deren Eltern kirchliche Amtsträger waren, überdurchschnittlich oft für eine Aufnahme in die EOS abgelehnt.<sup>77</sup> Auch Jugendliche, die sich der Mitgliedschaft der Pioniere/FDJ entzogen oder nicht an der staatlichen Jugendweihe teilnahmen, also nicht den Vorstellungen einer „sozialistischen Persönlichkeit“ entsprachen, konnten nicht damit rechnen, eine Zulassung für die EOS oder das Studium zu erhalten.

(siehe Informationen zum Thema Oppositionsgruppen - Punks, siehe auch das Interview mit [Gerhard Kempe](#)).

---

74 Helmberger: Blauhemd und Kugelkreuz, 2008, S. 209-226.

75 Ebd.: S. 226-229.

76 Ebd.: S. 241.

77 Marc-Dietrich Ohse: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung. Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974), Berlin 2003, S.240-243.

## Recht auf/ Pflicht zur Arbeit

In der DDR gab es ein verbrieftes Recht auf Arbeit – und galt als das „ausdrucksstärkste Zeugnis der Überlegenheit des sozialistischen Systems“<sup>78</sup> gegenüber dem Kapitalismus. Dieses Recht auf Arbeit ging gleichzeitig mit der Pflicht zur Arbeit einher.<sup>79</sup> Somit hatte jede\*r DDR-Bürger\*in eine Arbeitsstelle und erhielt einen Lohn. Für diejenigen, die sich der Arbeitspflicht entziehen wollten, sah das Strafgesetzbuch der DDR entsprechende Maßregelungen vor.<sup>80</sup> Da die DDR eine Planwirtschaft war, wurde auch der Einsatz der Arbeitskräfte geplant. Eine freie Ausbildungs- und Berufswahl war entsprechend eingeschränkt, da sich diese Planungen nach den „gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation“<sup>81</sup> richteten. Die Interessen der Schulabgänger\*innen waren also dem Interesse des Staates, seine Planstellen in bestimmten Berufen zu besetzen, nachgeordnet.<sup>82</sup> Neben diesen planwirtschaftlichen Erfordernissen war jedoch auch die Haltung zum Staat nicht irrelevant für die Möglichkeit, zu studieren und einen entsprechenden Beruf auszuüben. Schulabgänger\*innen aus einem politisch missliebigen Elternhaus wurden eher auf einen Ausbildungsplatz „gelenkt“, der geringeren beruflichen Erfolgchancen oder zumindest nicht unbedingt den beruflichen Interessen entsprach.<sup>83</sup> Dieser Aspekt wird im Interview mit [Gerhard Kempe](#) (Themengebiet Jugend - Ausbildung und Arbeit) angesprochen.

Dieses in der Verfassung gewährte Recht auf Arbeit wurde jedoch nicht durchgängig allen Bürger\*innen gewährt: Ausreisewillige und Oppositionelle sahen sich durchaus in der Situation, dass sie arbeitsrechtlichen Diskriminierungen ausgesetzt waren. Ausreisewilligen wurde – hatten sie bspw. eine Leitungsfunktion inne, waren mit Dienstgeheimnissen betraut oder waren sie in der Kindererziehung tätig – das Arbeitsverhältnis gekündigt und sie sollten – so die politische Vorgabe - in anderen, häufig schlechter bezahlten Arbeitsfeldern weiterbeschäftigt werden. Tatsächlich fand diese politische Vorgabe jedoch nicht durchgängig Beachtung. So gab es unter den Ausreisewilligen neben denen, die eine Anschlussanstellung fanden auch Betroffene, denen es erst nach bis zu einjähriger Arbeitslosigkeit gelang, eine neue Stelle zu finden sowie eine weitere Gruppe, die durchgängig arbeitslos blieb.<sup>84</sup> Dies wird auch am Beispiel des Zeitzeugen [Eik Heyse](#) und dem Vorgehen gegenüber seinen Eltern deutlich.

---

78 Zitiert nach Stefan Middendorf: Recht auf Arbeit in der DDR. Von den theoretischen Grundlagen bis zu den Berufsverboten für Ausreisewillige, Berlin 2000, S. 315.

79 Art. 24 (2) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung vom 7. Oktober 1974.

80 §249 Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratische Republik – StGB vom 12. Januar 1968 in der Fassung des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Änderung des Strafgesetzbuches, URL: <http://www.verfassungen.de/ddr/strafgesetzbuch74.htm>. [letzter Zugriff 11.10.2022]

81 Zitiert nach Art. 24 (1) Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung vom 7. Oktober 1974.

82 Zu den genauen Abläufen der „Nachwuchskräfteelenkung“ siehe: Middendorf: Recht auf Arbeit, 2000, S. 233ff.

83 Ebd.: S. 241.

84 Ebd.: S. 326-424.

## Literatur

Geschichte der DDR, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung in der Reihe: Informationen zu politischer Bildung, Nr. 312, 3/2011

Fülberth, Georg: BerlinBonnBerlin. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 1999

Helmberger, Peter: Blauhemd und Kugelkreuz. Konflikte zwischen der SED und den christlichen Kirchen um die Jugendlichen in der SBZ/DDR, München 2008

Middendorf, Stefan: Recht auf Arbeit in der DDR. Von den theoretischen Grundlagen bis zu den Berufsverboten für Ausreisewillige, Berlin 2000

Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung. Protest und Eigensinn (DDR 1961-1974), Berlin 2003, S.240-243.

Seeck, Anne: Alltag und Repression in der DDR, in: dies. (Hrsg.): Das Begehren anders zu sein. Politische und kulturelle Dissidenz von 68 bis zum Scheitern der DDR, Münster 2012, S. 15-43

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung vom 7. Oktober 1974

## Online

Gesetz über die Teilnahme der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974. URL: <https://www.verfassungen.de/ddr/jugendgesetz74.htm>. [letzter Zugriff: 13.03.2023].

Junge Pioniere, in: zeitclicks, URL.: <https://www.zeitclicks.de/ddr/alltag/kindheit-in-der-ddr/junge-pioniere>. [letzter Zugriff: 13.03.2023].

## Überwachung in der DDR

Obwohl viele ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR ihr Leben in der DDR sicherlich als „normal“ beschreiben würden, weil sie mit ihrer Lebensweise nie an die „Grenzen des Staates“<sup>85</sup> gerieten, waren auch sie von der Nicht-Gewährung fundamentaler individueller Menschenrechte betroffen. Die Reisebeschränkungen auf das Gebiet des sozialistischen Auslands sowie die Beschneidung der Meinungsfreiheit und Kontrolle der Medienlandschaft durch den Staat waren sicherlich die Begrenzungen, die hierbei am stärksten ins Gewicht fielen.

Die Freiheitsbeschränkungen in der DDR gingen eng mit der Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS – auch Stasi) einher. Und so müssen die vielen Biografien, die ein „normales Leben“ führten, den Biografien gegenübergestellt werden, die Überwachung, Repression und Haft aus politischen Gründen erlebten. (siehe Interview [Gerhard Kempe](#)).

---

85 Mary Fulbrook: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 7.

Die Staatssicherheit, der Geheimdienst der DDR, wurde 1950 gegründet und hatte bis zu 90.000 offizielle Mitarbeiter\*innen. Offiziell bezeichnete man sie auch als „Schild und Schwert der Partei“, der Volksmund hingegen nannte sie auch die „Firma“ oder „Horch und Guck“. Das Ministerium unterstand nicht dem Ministerrat der DDR, sondern als militärisches Organ direkt dem SED-Generalsekretär.<sup>86</sup>

Das MfS sammelte Informationen über viele Aspekte des Lebens der Menschen, von politischen Überzeugungen bis hin zu persönlichen Beziehungen. Neben hauptamtlichen MfS-Mitarbeitenden nutzte die Stasi ein Netzwerk aus sogenannten Informellen Mitarbeitern (IM). Diese waren nicht direkt bei der Staatssicherheit angestellt, sondern erhielten für ihre Tätigkeit Einzelzahlungen. Die genaue Zahl der IM ist nicht bekannt. Die Angaben schwanken zwischen 109.000<sup>87</sup> und 200.000.<sup>88</sup>

Ein wichtiger Aspekt der Überwachung war die Anwerbung von Informant\*innen. Die Stasi rekrutierte Zivilist\*innen, um Informationen über ihre Nachbar\*innen, Kolleg\*innen und Freund\*innen zu sammeln. Diese Informant\*innen waren oft in der Lage, vertrauliche Informationen zu sammeln, indem sie in Alltagsgesprächen oder bei der Arbeit gezielt nachfragten.

Dabei wurde auch nicht davor zurückgeschreckt, zu Spionagezwecken Liebesbeziehungen zu arrangieren. Die sogenannten „Romeos“ waren männliche Geheimagenten, die von der Staatssicherheit der DDR angeworben wurden, um weibliche Zielpersonen zu verführen und auszuspionieren. Der Begriff „Romeo“ bezieht sich dabei auf die romantische und verführerische Natur ihrer Missionen. Die Rekrutierung von Romeos erfolgte auf verschiedene Weise. So nutzte die Stasi ihre Netzwerke, um geeignete Kandidaten auszuwählen und führte umfassende Hintergrundüberprüfungen durch, um sicherzustellen, dass sie zuverlässig waren.

Die Arbeit der Romeos war ein wichtiger Bestandteil der Stasi-Operationen, da sie durch den Aufbau emotionaler Bindungen eine tiefere Ebene der Spionage und Informationssammlung erreichen konnten. Sie waren geschult, um sich als lebenswürdige, charmante und einfühlsame Partner zu präsentieren, um das Vertrauen ihrer weiblichen Zielpersonen zu gewinnen und in intime Beziehungen einzutreten. Während dieser Beziehungen sammelten sie Informationen, wie zum Beispiel politische Einstellungen, persönliche Kontakte und alles, was von Interesse für die Stasi war. Die Informationen wurden in Berichten zusammengefasst und an ihre Vorgesetzten weitergegeben.

Doch es gab auch weibliche Geheimagenten, die von der Staatssicherheit der DDR ange-

---

86 Holger Kulick: Die Angstmacher: Stasi – was war das?. (Stand 16.05.2019), URL.: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/218372/die-angstmacher-stasi-was-war-das/>. [letzter Zugriff 10.03.2023].

87 Kleine Anfrage von Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE an den Deutschen Bundestag: DRS 17/13331 vom 26.04.2013, URL.: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/133/1713331.pdf>. [letzter Zugriff: 10.03.2023]. Die Zahl 109.000 ist der Publikation des Historikers Ilko-Sascha Kowalczyk entnommen: Vgl. ders.: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR, Bonn 2013. Letztlich sind die Unstimmigkeiten darauf zurückzuführen, dass unterschiedliche Personengruppen als IM gezählt wurden.

88 Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, In: BStU: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden, Berlin 2008, S. 35–38.

worben wurden, um Männer auszuspionieren. Diese wurden auch als „Juliette“ bezeichnet, um die Parallele zu den „Romeos“ herzustellen. Wie die männlichen Romeos waren auch die weiblichen Juliette darauf trainiert, ihr Zielobjekt zu umwerben und emotionale Bindungen zu knüpfen. Sie wurden insbesondere eingesetzt, um westliche Diplomaten und Journalisten auszuspionieren, da dies eine Möglichkeit war, an Informationen über die westliche Welt und deren Aktivitäten zu gelangen.

Das Ziel der Inlandspionage war, alle möglichen Bedrohungen für die Stabilität des Staates zu identifizieren und zu unterdrücken. Als potentiell gefährlich galten Menschen, die die sozialistische Norm infrage stellen wie jugendliche Punks oder die Politik des Staates, bspw. die Umwelt- oder Friedenspolitik, kritisierten. Diese wurden in der Regel mit Begriffen wie „feindlich negative Elemente“ diskreditiert<sup>89</sup> oder als „westlich-dekadent“ bezeichnet. (siehe hierzu die Ausführungen zu Opposition) Aber auch Mitglieder der Kirche oder Ausreisewillige wurden von der Staatssicherheit beobachtet (siehe Interview mit [Eik Heyse](#)).

Die Methoden der Überwachung waren gängige Geheimdienstmethoden, wie Telefon- und Raumüberwachung oder das Abfangen von Post. Eine weitere Methode war die Überwachung von öffentlichen Orten wie Bahnhöfen und Flughäfen. Die Stasi hatte eine umfangreiche Datenbank mit Fotos und Informationen über Personen, die als politisch verdächtig eingestuft wurden. Wenn jemand als verdächtig identifiziert wurde, wurde er sofort von den Behörden überwacht. Die Stasi nutzte auch moderne Technologien wie die automatische Gesichtserkennung und die Auswertung von Bildern von öffentlichen Kameras. Es wurden zudem Verhaltensmuster von Personen auf öffentlichen Plätzen analysiert, um Verdächtige zu identifizieren.

Eine weitere Methode war die Entnahme von Geruchsproben. Dies galt zur Identifikation insbesondere von Menschen, die die Stasi als politisch verdächtig oder feindlich gegenüber dem kommunistischen Regime betrachtete wie Oppositionelle oder Dissident\*innen. Dabei wurden Kleidungsstücke oder andere Gegenstände, die von einer Person getragen wurden, genommen, um eine Geruchsprobe zu erhalten. Die Proben wurden in speziellen Behältern aufbewahrt und zur späteren Analyse in Labore gebracht. Die Idee hinter dieser Technik war, dass jeder Mensch einen einzigartigen Geruch hat, der von anderen Menschen unterscheidbar ist. Die Stasi hoffte, dass sie durch die Analyse von Geruchsproben in der Lage sein würde, entsprechende Personen zu identifizieren und besser verfolgen zu können. Obwohl diese Technik in der DDR angewendet wurde, ist es unklar, wie effektiv sie tatsächlich war. Es gibt nur begrenzte Informationen darüber, wie genau die Stasi die Geruchsproben analysierte und wie oft sie diese Methode tatsächlich anwendete.

Neben dem Ausspionieren war die Zersetzung politischer Gegner\*innen eine perfide Form der Zermürbung. Sie zielte darauf ab, das Ansehen und die Reputation von Personen zu zerstören und sie zu isolieren. Dies geschah bspw. durch die gezielte Verbreitung von Gerüchten, Lügen und falschen Anschuldigungen über die betreffende Person. Diese Maßnahmen hatten oft schwerwiegende Konsequenzen für die Opfer, die durch die Stasi stigmatisiert und diskreditiert wurden. Andere Methoden umfassten die Manipu-

---

89 Kulick: Die Angstmacher. 2019.



lation von Beziehungen, das Einschüchtern von Familienmitgliedern und das Verbreiten gefälschter Dokumente. Es ist schwer zu sagen, wie viele Menschen von dieser Praxis betroffen waren, aber es wird geschätzt, dass mehrere tausend Menschen direkt von der Zersetzung betroffen waren und Zehntausende indirekt davon beeinflusst wurden.

## Literatur

Fulbrook, Mary: Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR, Bonn 2013

Müller-Enbergs, Helmut: Die inoffiziellen Mitarbeiter, In: BStU: Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden, Berlin 2008

## Online

Kulick, Holger: Die Angstmacher: Stasi – was war das?. (Stand 16.05.2019), URL.: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-teilung/stasi/218372/die-angstmacher-stasi-was-war-das/>. [letzter Zugriff 10.03.2023].

Kleine Anfrage von Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE an den Deutschen Bundestag: DRS 17/13331 vom 26.04.2013, URL.: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/133/1713331.pdf>. [letzter Zugriff: 10.03.2023]

## Kritik am Staat

## Wahlen

### Die Volksvertretung der DDR – die Volkskammer

Das Parlament der DDR hieß Volkskammer und hatte seinen Sitz im Berliner Palast der Republik. Gewählt wurde die Volkskammer alle vier Jahre, ab 1972 alle fünf Jahre. Die Abgeordneten in der Volkskammer setzten sich aus den Parteien der DDR und Vertreter\*innen großer gesellschaftlicher Organisationen (Massenorganisationen) zusammen. Dies waren:

Parteien:

SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands),

CDU (Christlich Demokratische Union),

LDPD (Liberal Demokratische Partei Deutschlands) ,

NDPD (National Demokratische Partei Deutschlands),

DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands)

Massenorganisationen:

Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB),

Freie Deutsche Jugend (FDJ),

DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands),

KB (Kulturbund) sowie

die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB).<sup>90</sup>

In der Zeit von 1950-1954 war auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in der Volkskammer vertreten.<sup>91</sup>

Oft sagt man, dass die SED die Mehrheit im Parlament hatte. Von der Verteilung der Sitze in der Volkskammer abgeleitet, hatte die SED dies nicht. Sieht man sich einfach nur die Sitzverteilung der Volkskammer in der Legislaturperiode 1981-1986 an, so hatte die SED 127 Sitze, die CDU 52, LDPD 52, Bauernpartei 52 und die NDPD ebenfalls 52 Sitze.<sup>92</sup> Aber die Vertreter\*innen der Massenorganisationen wie dem FDGB oder der FDJ, die ebenfalls Abgeordnete in der Volkskammer hatten, waren in der Regel gleichzeitig auch Mitglieder der SED.<sup>93</sup> Damit war indirekt die Mehrheit der SED gesichert.

Diese Politik entsprach auch der in der Verfassung verankerten Vormachtstellung der SED. Gleich im ersten Artikel der DDR-Verfassung heißt es: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“<sup>94#</sup>

## Die Entstehung der Nationalen Front

Alle Parteien und Massenorganisationen der DDR bildeten zusammen die so genannte Nationale Front. Dem eigenen Anspruch nach sollten durch die Nationale Front alle gesellschaftlichen Gruppen Einfluss auf gesellschaftspolitische Prozesse in der DDR nehmen können. Ursprung des Gedankens der Nationalen Front waren die Lehren, die man aus der Politik in der Weimarer Republik zog. Die damalige Zerstrittenheit, Parteienzersplitterung und politischen Kämpfe führten zum Erstarken der Nationalsozialisten. Diese Erkenntnis bildete noch vor Gründung der DDR, also bereits in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ), die argumentative Grundlage dafür, dass alle vier in der SBZ zugelassenen Parteien (KPD, SPD, CDU, LDP) einen sogenannten „Block“ der antifaschistisch-demokratischen Parteien bildeten. Allen vier Parteien war gemein, dass sie während der NS-Zeit nicht existierten; sie waren entweder von den Nationalsozialisten verboten worden oder lösten sich selbst auf. Somit sollte dieser Block den Zusammenhalt derjenigen Politiker\*innen symbolisieren, die sich als Gegner\*innen der Nationalsozialisten sahen und bereit waren, gemeinsam mit den Kommunist\*innen die Neugestaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg in Angriff zu nehmen.<sup>95</sup>

An der Spitze des Blocks standen die Parteivorsitzenden und bildeten den Ausschuss –

---

90 BpB: Geschichte der DDR, 2011, S. 61.

91 Wikipedia: Stichwort: Volkskammer (Stand: 2.05.2023), URL.: [https://de.wikipedia.org/wiki/Volkskammer#Arbeitsweise\\_und\\_Zusammensetzung](https://de.wikipedia.org/wiki/Volkskammer#Arbeitsweise_und_Zusammensetzung). [letzter Zugriff: 06.05.2023].

92 Ebd.

93 Ebd.

94 Art. 1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der ergänzten und veränderten Fassung vom 7. Oktober 1974.

95 BpB: Geschichte der DDR, 2011, S. 8.

jeder Partei wurde das Recht eingeräumt, fünf Vertreter\*innen zu den Beratungen zu entsenden. Alle Entscheidungen im „Block“ sollten einstimmig getroffen werden. Mit dem Prinzip der Einstimmigkeit war unterbunden, dass sich die anderen Parteien gegen die Kommunist\*innen wandten – aber für die anderen Parteien bedeutete es ebenfalls den Schutz, dass sich die Kommunist\*innen nicht – mit der Unterstützung der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) – gegen ihre Interessen wandten. Aus dem „Block“ entstand später die Nationale Front.<sup>96</sup>

Die Nationale Front sollte die umfassendste Form des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderen Werktätigen sein und „alle Kräfte zum gemeinsamen Handeln für die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft vereinen“.<sup>97</sup>

In der Praxis zeigte sich jedoch bald, dass mit dieser Blockbildung die politischen Handlungsmöglichkeiten der Parteien eingeschränkt waren.<sup>98</sup> Die in der Verfassung verankerte Vormachtstellung der SED zeigte hier ihre Auswirkungen.

### Wahlen der Volkskammer

Die Wahlen der Volkskammer fanden wie bereits erwähnt, alle vier Jahre, ab 1972 alle fünf Jahre statt. Da der politische Ansatz war, „alle Kräfte zum gemeinsamen Handeln für die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft [zu] vereinen“,<sup>99</sup> konnten die Wähler\*innen auf dem Wahlzettel nur die Einheitsliste der Nationalen Front wählen. Es war nicht möglich, seine Stimme einzelnen Personen oder einzelnen Parteien zu geben. Wähler\*innen konnten also nur für oder gegen diese Einheitsliste der Nationalen Front stimmen.<sup>100</sup> In der DDR gab es keine Wahlprognosen und Hochrechnungen. Das Ergebnis stand vorher fest. Es gab stets eine Zustimmung von 98-99% für die Kandidat\*innen der Nationalen Front.<sup>101</sup> Da es nur diese Einheitsliste gab und folglich nicht überprüfbar war, wieviel Stimmen einzelne Parteien erhalten hätten, wurden die Abgeordneten nach einem vorher festgelegten Schlüssel auf die Parteien und Massenorganisationen in der Volkskammer verteilt.<sup>102</sup>

### Literatur

Fülberth, Georg: BerlinBonnBerlin. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln 1999

Geschichte der DDR, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung in der Reihe:

---

96 Ebd.: S. 8

97 Universallexikon: Begriff: Nationale Front, Bibliographisches Institut Leipzig, 1989.

98 BpB: Geschichte der DDR, 2011, S. 9.

99 Universallexikon: Begriff: Nationale Front, Bibliographisches Institut Leipzig, 1989.

100 Haus der Geschichte, URL: <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/volkskammer.html>

101 Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, in ders: Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang, Bonn 2015, S. 153.

102 Haus der Geschichte, URL: <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/volkskammer.html>

Informationen zu politischen Bildung, Nr. 312, 3/2011

Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, in ders: Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang, Bonn 2015

Universallexikon, Bibliographisches Institut Leipzig, 1989

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der ergänzten und veränderten Fassung vom 7. Oktober 1974

### Online

<https://www.zeitklicks.de/ddr/zeitklicks/zeit/das-system/das-politische-system/wahlen-in-der-ddr/>

Haus der Geschichte, URL: <https://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/volkskammer.html>

Wikipedia: Stichwort: Volkskammer (Stand: 2.05.2023), URL.: [https://de.wikipedia.org/wiki/Volkskammer#Arbeitsweise\\_und\\_Zusammensetzung](https://de.wikipedia.org/wiki/Volkskammer#Arbeitsweise_und_Zusammensetzung). [letzter Zugriff: 06.05.2023]

## Oppositionsgruppen

Seit Beginn der 1980er Jahre, z. T. bereits schon Ende der 1970er Jahre, formierten sich neue soziale Bewegungen in der DDR, die Themen wie die fortschreitende Umweltverschmutzung, die Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt oder die steigende Gefahr eines Atomkrieges durch die Stationierung von Atomwaffen auf ihre politische Agenda setzten. Auch die Einforderung von Bürgerrechten, die die DDR in der Helsinki-Schlussakte im August 1975 anerkannt hatte, war Thema in den Oppositionsgruppen. Die Gruppen wurden von der Staatssicherheit als „feindlich-negative Kräfte“ betrachtet, von Mitarbeiter\*innen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unterwandert und verfolgt.<sup>103</sup>

Öffentliche Treffen und Aktionen dieser Gruppen waren gefährlich. Meist fanden sie unter dem Dach der evangelischen Kirche statt, die oppositionellen Gruppen im Rahmen der „Offen Arbeit“ (OA) ihre Infrastruktur bereitstellte. Menschen, die in den staatlichen Institutionen der DDR keinen Raum fanden oder sich bewusst dagegen entschieden, sich im Rahmen staatlicher Organisationen zu engagieren, fanden hier einen Wirkungsrahmen. Die konfessionelle Orientierung spielte hierbei keine Rolle. Auf diesem Weg kamen jugendliche Punks mit Menschenrechts-, Umwelt- oder Friedensgruppen in Kontakt. Auch die künstlerische Opposition fand im kirchlichen Rahmen ihr Publikum und Gestaltungsspielräume.<sup>104</sup>

Auch wenn bereits in der ersten Verfassung der DDR die freie Ausübung von Religion verankert war, war das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der DDR kontinuierlich – in unterschiedlicher Intensität – von Spannungen begleitet. Eine Art Burgfrieden wurde

---

103 Ulrich Mählert: Kleine Geschichte der DDR, München 2007<sup>5</sup>, S. 153.

104 Claus Löser/ Alexander Pehlemann: Ostpunk. Too much future, Filmheft zum gleichnamigen Film hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, S. 7-8.

Ende der 1970er Jahre geschlossen. Am 6. März 1978 fand das erste und einzige Treffen des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) statt. Hierin wurde den Kirchen u. a. eine monatlich einstündige Sendezeit in Rundfunk und Fernsehen zugestanden sowie Erleichterungen für konfessionelle Kindergärten besprochen.<sup>105</sup> Dieses Gespräch markierte die Anerkennung der Kirche als „eine Art gleichberechtigten Verhandlungspartner“ gegenüber dem Staat.<sup>106</sup> Die Kirche leitete daraus größere Handlungsspielräume für sich und ihre Mitglieder ab. Sie betrachteten die Gespräche als Zusicherung, dass Gläubige gleichberechtigt im Sozialismus leben können, wenn sie loyal und nicht als „fünfte Kolonne des Westens“ auftraten.<sup>107</sup>

Spätestens mit dem Engagement oppositioneller Gruppen im Rahmen der Gemeindearbeit begann für die Kirchenleitung jedoch ein schwieriger Balanceakt, denn die Gruppen wussten die ihr von der Kirche eingeräumten Freiräume gut zu nutzen und gerieten damit unweigerlich ins Visier der Staatssicherheit. Auch wenn die Allmacht des Staates vor der Kirchentür endete, so stand die Kirchenleitung stets unter Druck, der Staatsmacht die Loyalität der Kirche bezeugen zu müssen und versuchte, mäßigend auf die Gruppierungen und ihre Aktionen einzuwirken.

Bis zum Spätsommer 1989 spielten die oppositionellen Gruppen in der DDR-Öffentlichkeit kaum eine Rolle. Verschiedene Aktionen von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen fanden am Rand des Alltags statt und hatten im Verhältnis nur wenig Anhänger\*innen.<sup>108</sup> Doch bereits die Ereignisse um die Demonstration zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1988 ließen den Druck erahnen, der unter den noch gedeckelten Protestgruppen entstanden war: Bürgerrechtler\*innen hatten auf einem Plakat Rosa Luxemburg mit dem Satz „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ zitiert und dieses Plakat während der Demonstration entrollt. Es folgten Festnahmen der Plakatträger\*innen sowie anderer Oppositioneller, die im Anschluss darauf Protestveranstaltungen gegen die Festnahmen organisierten.<sup>109</sup> Während im Zentralorgan der SED, dem Neuen Deutschland, am Montag nach der Gedenkdemonstration die Plakat-Aktion keinerlei Erwähnung fand<sup>110</sup>, wurden nur 10 Tage später über den Prozess gegen Vera Wollenberger<sup>111</sup> durchaus berichtet. Ihr wurde vorgeworfen, die „staatliche Ordnung vorsätzlich missachtet und die gesellschaftliche Disziplin

---

105 Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, in ders: Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang, Bonn 2015, S. 353.

106 Zit. nach Wolle: Die heile Welt der Diktatur, 2015, S. 354.

107 Ebd.: S. 354.

108 Ebd.: S. 355, S. 366-368.

109 Ruth Leiserowitz: Die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin. Eine Einleitung, in: Almut Ilse/ Ruth Leiserowitz (Hrsg.): Seid doch laut. Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin, Bonn 2019, S. 33.

110 Vgl. Neues Deutschland vom 18.01.1988.

111 Vera Wollenberger war Friedensaktivistin in der DDR und trug auf dem Weg zur Demonstration ein Plakat mit den Inhalten des Art. 27 der DDR-Verfassung, der jeder DDR-Bürger\*in freie Meinungsäußerung garantiert. Siehe: Heidrun Braun: Heimkehr in ein fremdes Land? Wieder in der DDR: Vera Wollenberger - Gedanken nach einem unfreiwilligen Exil, in: Junge Welt vom 09.02.1990, zitiert nach: DDR 1989, URL: <https://www.ddd89.de/gp/lengsfeld.html>. [letzter Zugriff 05.05.2022].

mit dem Ziel verletzt zu haben, die Gedenkkundgebung zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht“ gestört zu haben.<sup>112</sup>

Grundsätzlich hatten Oppositionelle in der DDR-Bevölkerung bis zum Sommer 1989 wenig Rückhalt und wurden mehrheitlich als „Spinner“ und „Verrückte“ abgetan. Die Staatsseite jedoch erkannte die Gefahr einer sich allmählich entwickelnden Opposition unter dem Dach der Kirche. Die Beobachtung wuchs im Verhältnis zur geringen Anzahl der Oppositionellen zu einem gigantischen Ausmaß an.<sup>113</sup>

## Oppositionsgruppen

Das Altersspektrum derjenigen, die sich unter dem Dach der Kirche in verschiedenen Gruppen organisierten, war sehr breit gefasst und reichte vom Teenager bis zum/r Rentner\*in. In der Mehrzahl waren sie jedoch in den Enddreißigern. Von ihnen waren keine Randalen oder Vermummung zu erwarten, dafür Bärte, lange Haare, Nickelbrille und verwaschene Jeans.<sup>114</sup>

An dieser Stelle sollen zwei Gruppen exemplarisch beschrieben werden, die sich im Rahmen der „Offenen Arbeit“ der Kirche unter ihrem Dach trafen: Punks und Umweltgruppen. Diese konnten unterschiedlicher nicht sein und zeigen somit deutlich, wie undogmatisch die „Offene Arbeit“ der Kirche gehandhabt wurde.

## Punks

Die Impulse dieser jugendlichen Protestkultur kamen über Großbritannien in die Bundesrepublik Deutschland und von dort in die DDR. Ostdeutsche Zentren des Punks waren vor allem Ost-Berlin, Halle, Leipzig und Dresden.<sup>115</sup>

Die Gründe, zu den Punks zu gehen, waren selbstredend vielfältig. Die Protagonist\*innen des Films über Punk in der DDR „Too much future“ waren zunächst wegen der Musik auf den Punk aufmerksam geworden.<sup>116</sup> Als einer der wichtigsten Gründe kann wohl zudem die Anpassung der Gesellschaft an die geltenden Normen, die von Punks als zu beengend wahrgenommen wurden, geltend gemacht werden.<sup>117</sup> Punk-sein bot die Gelegenheit, radikal gegen bestehende Tabus aufzubegehren und sich davon abzugrenzen. Die Identitätssuche der damals Jugendlichen und jungen Erwachsenen erhielt eine Richtung: auf ihre Ablehnung kollektiver Zwänge folgte die Gruppenidentität bei den Punks.<sup>118</sup>

---

112 Zitiert nach: Prozeß wegen Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung, in: Neues Deutschland vom 28.01.1988. Vera Wollenberger wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und zehn Tage nach der Urteilsverkündung nach England abgeschoben. Siehe: Braun: Heimkehr, 1990.

113 Wolle: Die heile Welt der Diktatur, 2015, S. 368, 371.

114 Ebd.: S. 365-366.

115 Carsten Fiebeler/Michael Boehlke: Ostpunk. Too much future, Filmheft zum gleichnamigen Film hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007, S. 4.

116 Ebd.: S. 6.

117 Shanghai: Der Punk im Schrank. Ein Report über die Einflussnahme des MfS auf die Punkrockszene in Sachsen-Anhalt., hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997, S. 3.

118 Fiebeler/Boehlke: Ostpunk, 2007, S. 6.



In seinem Rückblick auf die Punkzeit beschreibt Geralf Pochop ihre Rebellion wie folgt: „Wir warteten nicht auf eine Wohnungszuweisung – wir besetzten Wohnungen! Wir versuchten nicht als Bausoldaten den Ersatzwehrdienst zu leisten – wir gingen nicht zur Armee! Wir redeten nicht verdeckt hinter vorgehaltener Hand um den heißen Brei – wir redeten, wie uns der Schnabel gewachsen war! Wir setzten bei den Wahlen nicht die Kreuze an die richtigen Stellen, um keine gesellschaftlichen Nachteile zu bekommen – wir erkannten die Wahlen nicht an und boykottierten sie, indem wir nicht hingingen! Wir arbeiteten nicht von früh bis spät wie alle anderen am „Kampfplatz für den Frieden“ – wir arbeiteten einfach nicht oder schafften uns unsere eigenen Arbeitsplätze außerhalb der sozialistisch orientierten und kontrollierten Kollektive.“<sup>119</sup>

Quantitativ war die Punkbewegung in der DDR unbedeutend. Anfang der 1980er Jahre gab es etwa 900 Punks in der gesamten DDR.<sup>120</sup> Doch von der Staatssicherheit wurden sie sehr ernst genommen. Gab es anfangs eine gewisse Ratlosigkeit seitens staatlicher Organe, wie mit dieser Jugendgruppe umzugehen sei, setzte spätestens ab Mitte 1983 eine restriktive Politik innerhalb der SED gegenüber der Punkbewegung ein. Wer sich in der DDR den Punks anschloss, hatte entsprechend bald mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Denn die Verweigerungshaltung der Punks gegenüber sozialistischen Normen stand im unauflösbaren Widerspruch zur offiziellen Jugendpolitik und dem öffentlich propagierten Bild einer sozialistischen Jugend, in der der Großteil der Heranwachsenden in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) organisiert war.<sup>121</sup> Es erfolgten Verbote von Bands, Verhaftungen auf offener Straße, bspw. am Alexanderplatz sowie Bespitzelung durch das MfS. Viele Punks verließen unter anhaltendem politischem Druck die DDR in Richtung Bundesrepublik, inhaftierte Punks wurden freigekauft.<sup>122</sup>

## Umweltgruppen

Eine nicht mehr zu leugnende Umweltbelastung, Proteste und Klagen der Bevölkerung sowie die zunehmende internationale Verflechtung der DDR erhöhten den Handlungsdruck auf die DDR-Spitze, sich des Problems der zunehmenden Umweltverschmutzung anzunehmen. Jedoch fehlte es in der Leitung des DDR-Umweltministeriums an Gestaltungswillen und Mut, neue politische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen.<sup>123</sup> Hochmotivierte Mitarbeiter\*innen innerhalb des Umweltministeriums resignierten nicht selten vor der Inflexibilität und aufgrund des rigiden Führungsstils des zuständigen Ministers Reichelt.<sup>124</sup>

DDR-Bürger\*innen war es möglich, sich durch „Eingaben“ an Behörden, Ministerien und

---

119 Geralf Pochop: Untergrund war Strategie. Punk in der DDR zwischen Rebellion und Repression, Bonn 2018, S. 7.

120 Anne Hahn: Disteln mit spitzen Zacken dran: Punk. In: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hg.): Thüringer Blätter zur Landeskunde. Erfurt 2013, S. 4.

121 Fiebeler/Boehlke: Ostpunk, 2007, S. 6.

122 Ebd.: S. 4.

123 Christian Möller: Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur, Göttingen 2020, S. 237-238.

124 Ebd.: S. 250-255.

Parteiorgane zu wenden und sich hierin über Missstände, bspw. auch in Umweltfragen, zu beschweren. Hiervon wurde auch rege Gebrauch gemacht. Eingaben wurden ebenso öffentlichkeitswirksam an Medien adressiert, wie bspw. an die TV-Sendung „Prisma“.<sup>125</sup> Unter dem Dach des Kulturbundes der DDR wurde im März 1980 die „Gesellschaft für Natur und Technik“ (GNU) gegründet, um auf die steigende Umweltproblematik eingehen zu können. Die Mitgliederzahl des GNU stieg bis 1987 auf 60.000 Mitglieder an, zudem gab es eine große Offenheit in Bezug auf eine Zusammenarbeit mit Nicht-Mitgliedern. Auch im Rahmen des Schulunterrichts begann man, auf Umweltthemen einzugehen. Auf lokaler Ebene bildeten sich Stadtökologiegruppen und es wurden massenpolitische Großaktionen zum Umweltschutz durchgeführt, die tausende von Menschen mobilisierten: Instandsetzung von Wanderwegen, Beseitigung wilder Müllkippen bis hin zu Baumpflanzaktionen.<sup>126</sup>

Während also das Thema „Umwelt“ in der DDR durchaus präsent war und auch der Staat auf die zunehmende Umweltverschmutzung reagierte, bildeten sich unter dem Dach der evangelischen Kirche Umweltgruppen, denen die staatlichen Maßnahmen nicht weit und schnell genug gingen. Zudem gab es durchaus Reibungspunkte mit Entscheidungen staatlicher Behörden, die – wie bspw. fragwürdige Industrie- und Agrarprojekte - im Widerspruch zum öffentlich reklamierten Umweltschutz standen.<sup>127</sup>

Die Anzahl der Umweltgruppen, die sich unter dem Dach der Kirche engagierten, sind nirgendwo statistisch erhoben und festgehalten worden. Die Staatssicherheit, die diese Entwicklung beobachtete, stellte für 1985 42 Umweltgruppen mit etwa 550-600 aktiven Personen fest. Die Schätzungen neuer Untersuchungen divergieren etwas – doch auf Grundlage weiteren Stasi-Materials wird für das Jahr 1989 eine Zahl von 76 Gruppen mit bis zu 1500 Aktivist\*innen angegeben – die Tendenz im Vergleich zu 1985 ist somit deutlich ansteigend. Im Rahmen der Kirche wurden ab 1983 jährlich Berliner Ökologieseminare durchgeführt und bspw. die Berliner Umweltbibliothek in den Kellerräumen der Zionskirche als Ort für Kontakt- und Austauschmöglichkeiten etabliert. Außerdem wurden hier die „Umweltblätter“ vervielfältigt, die – um der staatlichen Zensur zu umgehen – offiziell nur für den kirchlichen Dienstgebrauch freigegeben waren. Die „Umweltblätter“ gehörten zu den einflussreichsten Periodika der alternativen ostdeutschen Öko-Szene und erreichte 1989 eine Auflage von 4000 Exemplaren.<sup>128</sup> In anderen Städten wie Leipzig entstanden weitere Umweltbibliotheken.

Die Staatssicherheit konnte die Materialien, die hinter den Kirchtüren gedruckt wurden, nur sammeln und hinterher auswerten. Einen Zutritt zur Kirche hatte sie nicht. Diesen verschaffte sie sich dennoch mit einer Razzia unter dem Decknamen „Aktion Falle“ im November 1987, als sie sich Zutritt zu den Räumen der Umweltbibliothek verschaffte, um den Druck der Zeitschrift „Grenzfall“ zu verhindern – eine nach DDR-Recht illegale Zeitschrift, die über Themen der Friedens- und Menschenrechtsbewegung sowie über Repressionen gegenüber Oppositionellen berichtete. Die sich in den Räumen der Bibliothek

---

125 Ebd.: S. 259-262.

126 Ebd.: S. 287, 290, 293, 296.

127 Ebd.: S. 298.

128 Ebd.: S. 305, 307-308.

befindlichen Aktivist\*innen wurden festgenommen und einige ins Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit zugeführt. Doch durch Proteste von Freund\*innen und Bekannten, sowie den späteren Berichterstattungen in westlichen Medien und weiterer – nun landesweiter – Solidaritätsbekundungen wurden die Inhaftierten am 28. November 1987 wieder freigelassen, um eine Ausbreitung der Proteste zu unterbinden.<sup>129</sup>

## Literatur

Braun, Heidrun: Heimkehr in ein fremdes Land? Wieder in der DDR: Vera Wollenberger - Gedanken nach einem unfreiwilligen Exil, in: Junge Welt vom 09.02.1990

Fiebeler, Carsten/Michael Boehlke: Ostpunk. Too much future, Filmheft zum gleichnamigen Film hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007

Hahn, Anne: Disteln mit spitzen Zacken dran: Punk. In: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen (Hg.): Thüringer Blätter zur Landeskunde. Erfurt 2013

Leiserowitz, Ruth: Die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin. Eine Einleitung, n: Almut Ilsen/ Ruth Leiserowitz (Hrsg.): Seid doch laut. Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin, Bonn 2019

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München 2007<sup>5</sup>

Möller, Christian: Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur, Göttingen 2020

Pochop, Geralf: Untergrund war Strategie. Punk in der DDR zwischen Rebellion und Repression, Bonn 2018

Wolle, Stefan: Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang, Bonn 2015

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR 1971-1989, in ders: Die DDR. Eine Geschichte von der Gründung bis zum Untergang, Bonn 2015

Neues Deutschland vom 18.01.1988

Prozeß wegen Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung, in: Neues Deutschland vom 28.01.1988

Shanghai: Der Punk im Schrank. Ein Report über die Einflußnahme des MfS auf die Punkrockszene in Sachsen-Anhalt., hrsg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1997

---

129 Wolle: Die heile Welt der Diktatur, 2015, S. 365-366, S. 404-405.